

Sinapius, Ellen

Zeitdiagnose aus ökonomischer Perspektive –
ein Zusammenhang zwischen Geldsystem und Gesellschaft und dessen
Auswirkungen auf das professionelle Handeln in der Sozialen Arbeit

eingereicht als

BACHELORARBEIT

an der

**HOCHSCHULE MITTWEIDA
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES**

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein, 2011

Erstprüferin:	Prof. Dr. Gudrun Ehlert
Zweitprüfer:	Prof. Dr. Wolfgang Faust

Bibliografische Beschreibung:

Sinapius, Ellen:

Zeitdiagnose aus ökonomischer Perspektive –

ein Zusammenhang zwischen Geldsystem und Gesellschaft und dessen Auswirkungen auf das professionelle Handeln in der Sozialen Arbeit. 49 S.

Roßwein, Hochschule Mittweida/Roßwein (FH), Fakultät Soziale Arbeit,

Bachelorarbeit 2011

Referat:

Die Bachelorarbeit befasst sich mit einer Zeitdiagnose aus ökonomischer Perspektive und zeigt einen Zusammenhang zwischen den im gegenwärtigen Finanzsystem liegenden Ursachen von Wachstums- und Verschuldungszwang und den daraus resultierenden Wirkungen auf die Gesellschaft, den Staat und die Sozialpolitik in Deutschland. Dabei wird insbesondere die Bedeutung dieses Zusammenhanges auf das professionelle Handeln der in der Sozialen Arbeit Tätigen untersucht.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt dabei auf einer intensiven Literaturrecherche, durch die vorhandene Problemstellungen ermittelt und Lösungsmöglichkeiten gefunden werden sollen.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis.....	2
Abkürzungsverzeichnis	3
0. Einleitung.....	5
1. Das Geldsystem	7
1.1. Funktionen des Geldes	7
1.2. Arten des Wachstums und Zins	9
1.3. Symmetrische Verteilung von Guthaben und Schulden	12
1.4. Verteilung der Zinseinkommen.....	13
2. Einkommensungleichheit und Gesellschaft	15
2.1. Die „Krise der Arbeit“	15
2.2. Das Ausmaß der Einkommensungleichheit.....	16
2.3. Wirkungen der Einkommensungleichheit auf die Gesellschaft.....	18
3. Zinseszinsseffekt und Sozialstaat in Deutschland	20
3.1. Staatsverschuldung.....	20
3.2. Sozialpolitik und Sozialstaat	24
3.3. „Aktivierender“ Sozialstaat	25
4. Auswirkungen der ökonomischen Veränderungen auf die Soziale Arbeit..	29
4.1. Das „Doppelte Mandat“	29
4.2. Subjektorientierte und systemische Flexibilisierung	30
4.3. Die Ökonomisierung Sozialer Arbeit	32
5. Zusammenfassung	36
6. Forderungen und Ausblick	38
Quellen.....	42
Selbstständigkeitserklärung.....	49

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: grundsätzliche Arten von Wachstumsabläufen (Kennedy 2006: 21) ... 9

Abbildung 2: Entwicklung der gesamten Geldvermögen/gesamten Verschuldung in Deutschland (Deutsche Bundesbank in: Hannich 2000: 22) 12

Abbildung 3: Nettolohn- und -gewinnquoten in Deutschland von 1991 bis 1997 (Fuchs in: Galuske 2002: 182)..... 16

Abbildung 4: Entwicklung der Vermögenseinkommen und Nettolohn- und Gehaltssummen in Deutschland von 1980 bis 1996 (Fuchs in: Galuske 2002: 183) 17

Abbildung 5: Korrelation des Index der gesundheitlichen und sozialen Probleme mit der Einkommensungleichheit in den Ländern (nach Pickett/Wilkinson 2010: 200) 19

Abbildung 6: Staatsverschuldung in Mrd. Euro (nach Först 2010) 21

Abkürzungsverzeichnis

Art.	Artikel
Bill.	Billionen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin)
ebd.	eben da
EU	Europäische Union
EuroStat	Statistisches Amt der Europäischen Union
EVSG	Europäisches System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
GEBI	Group of Experts in Banking Issues
GG	Grundgesetz
IASSW	International Association of Schools of Social Work
IFSW	International Federation of Social Workers
i. H. v.	in Höhe von
ILO	International Labour Organisation
insbes.	insbesondere
lat.	lateinisch
Mill.	Millionen
Mrd.	Milliarden
o. Ä.	oder Ähnliches
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
Pkt.	Punkt
NGO	Non Government Organization
s.	siehe
s. o.	siehe oben
StBA	Statistisches Bundesamt
u. a.	unter anderem
UNO	United Nations Organization
usf.	und so fort
usw.	und so weiter
v. a.	vor allem

vgl.	vergleiche
WHO	World Health Organization
z. B.	zum Beispiel
zit. n.	zitiert nach
z. T.	zum Teil

0. Einleitung

Historisch gesehen, existiert die Soziale Arbeit – im Unterschied z. B. zum Lehrer-, Richter- oder Arztberuf – erst seit relativ kurzer Zeit. Sie entstand mit zunehmender Industrialisierung im Laufe des 19. Jahrhunderts und ist damit gewissermaßen eine Begleiterscheinung des Kapitalismus. Seitdem besteht ihre Aufgabe darin, auf die vom Kapitalismus verursachte Beschädigung der Individuen einzuwirken, um dessen soziale Unzulänglichkeiten aufzufangen (Böhnisch in: Seithe 2010: 28). Indem die Soziale Arbeit dazu beiträgt, die soziale Frage¹ zu entschärfen, ist sie für die kapitalistische Gesellschaft notwendig. Soziale Arbeit enthält damit immer ein System stützendes wie auch ein systemkritisches Moment (Seithe 2010: 28), denn sie ist als ein Werkzeug der Sozialpolitik immer auch „konservativ und revolutionär zugleich, Stütze und Stachel im Fleisch der kapitalistischen Produktionsweise und der durch sie geprägten Gesellschaftsordnung“ (Lessenich 2008: 10).

Und heute, unter den in der Zweiten Moderne² eingetretenen Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit, Armut und Verslumpung auch unter Erwerbstätigen und angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise, in deren Zusammenhang auf die Bevölkerung eine Schuldenlast in vielfacher Milliardenhöhe abgewälzt wird, hat die soziale Frage eine neue Aktualität erreicht. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind u. a. gekennzeichnet durch eine permanente Geldumverteilung von unten

¹ Der Begriff 'soziale Frage' bezeichnete ursprünglich die Auseinandersetzung mit den sozialen Missständen, die mit der industriellen Revolution einhergingen. Im weiteren geschichtlichen Verlauf des Kapitalismus wurde damit das Anwachsen von Lebensproblemen der Menschen im Kapitalismus bezeichnet (Seithe 2010: 28).

² Beck interpretiert den Übergang zur zweiten Moderne als „Erfolg des technologisch avancierten Kapitalismus, der unter der Flagge des Marktes [...] den Sturm auf die morschen Grundlagen der ersten Moderne probt, als da wären Sozialstaat, Nationalstaat, gewerkschaftliche Macht, ökonomische Hemmnisse privater Investitionsbereitschaft“ (Beck zit. n. Seithe 2010: 64). Nach Galuske geht es im „Turbokapitalismus [...] nicht mehr um den Wohlstand der Nationen, sondern um den Wohlstand der Unternehmen, Konzerne, Aktionäre und Leistungseliten“ (Galuske 2002: 147). Die „Volkswirtschaft dient nicht mehr der Gesellschaft, sondern die Gesellschaft dient der Volkswirtschaft“ (Reich zit. n. Galuske 2002: 147). Der Begriff „Turbokapitalismus“ (lat. *turbo*: Wirbel, Kreisel) stammt von Luttwak und meint die Privatisierung und Liberalisierung des Marktes nach den 1990er Jahren mit dem Ziel der zügigen Effizienzsteigerung und Profitmaximierung, was u. a. mit dem Abbau von staatlicher Steuerung einherging (Luttwak in: Vöckler 2010). Diese ökonomische Entwicklung – umfassende Deregulierung der Finanzmärkte und daraus resultierende deutliche Deregulierung der Arbeitsmärkte seit den 1980er Jahren – wird auch als „Neoliberalismus“ bezeichnet (Sturn/van Treeck 2010). Kleve nennt fünf Merkmale, mit denen die gesellschaftliche Postmodernisierung beschrieben werden kann und auf die die theoretischen Positionen einer lebensweltorientierten Sozialarbeit bezogen werden können: (a) die Auflösung der Differenz von Norm und Abweichung, (b) die Radikalisierung sozialer Ausdifferenzierung, (c) die Radikalisierung von Pluralität, (d) die Grenzen des Machbaren und (d) die reflexive Differenzierung (Kleve 2000: 61).

nach oben. Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer, während die Mittelschicht schrumpft/verarmt. Die Finanzkrise verschärft den Umverteilungsprozess noch, da der Staat zum einen das Vermögen der Reichen rettet, indem er Banken stützt und Konjunkturpakete anschiebt. Zum anderen muss der Staat dafür Schulden aufnehmen – und diese Kredite³ werden ihm von den Wohlhabenden gewährt. Die Kosten der Rettung hingegen tragen die überwiegend die Armen und die Mittelschicht. Bis 2014 will die Bundesregierung 82 Milliarden Euro sparen (Hermann 2010a).

Unter den heutigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist Soziale Arbeit einerseits notwendiger denn je, andererseits stehen für den großen Bedarf an sozialarbeiterischen (Dienst-)Leistungen immer weniger finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Außenwahrnehmung Sozialer Arbeit trotz ihrer Qualifizierung und Professionalisierung in den 1980-er und 1990-er Jahren bis heute nicht nachhaltig und grundlegend verändert hat. Die Fähigkeit zu einer offensiven und selbstbewussten Darstellung der eigenen Aufgaben, Möglichkeiten und notwendigen Arbeitsbedingungen ist immer noch kaum entwickelt. Das geringe Vertrauen in und die eher niedrigen Erwartungen an die Profession Soziale Arbeit seitens der Gesellschaft und der Entscheidungsträger haben dazu geführt, dass sich die Soziale Arbeit für fast jeden ihrer Schritte rechtfertigen und um Arbeitsaufträge, angemessene Arbeitsbedingungen und eben auch finanzielle Mittel immer wieder neu bewerben und kämpfen muss (Seithe 2010: 27).

Die leeren öffentlichen Kassen, die schwache Lobby des Sozialwesens und die aufgrund der wachsenden Ungleichheit der Gesellschaft steigenden Anforderungen an die Professionellen stellen die in der Sozialen Arbeit Tätigen vor eine Zerreißprobe – zwischen ihrem Auftrag, die Unterprivilegierten und Ausgegrenzten in die Gesellschaft zu inkludieren und dem Auftrag, der sich aus der Indienstrafe der Sozialen Arbeit durch den aktivierenden Sozialstaat ergibt.

Die vorliegende Arbeit will mittels Literaturrecherche die enge Verknüpfung zwischen dem Zinswirtschaftssystem und der Sozialen Frage, ihrer sozialstaatlichen Beantwortung und der daraus resultierenden Bedeutung für die Sozialprofessionellen aufzeigen. Das Hauptaugenmerk soll dabei auf der Herausarbeitung des Zusammenhanges zwischen dem Zins als Konstruktionsfehler im Geldsystem und

³ Kredit von lat. *credo* – ich glaube

dem sozialen Zustand der Gesellschaft liegen, zu welchem der Zins allein aufgrund seiner Abhängigkeit vom Faktor Zeit geführt hat.

Dazu werden im ersten Teil zunächst die im Finanzsystem liegenden tieferen Ursachen von Wachstums- und Verschuldungszwang und die daraus resultierende Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums erhellt. Im zweiten Teil wird aufgezeigt, wie sich daraus Forderungen nach Flexibilität der Wirtschaftssubjekte ergeben und wie sich die Einkommens- und damit sozialen Ungleichheiten auf die Gesellschaft auswirken. Die Wirkungen des Geldsystems auf den Staat und die Sozialpolitik in Deutschland und den damit einhergehenden Sozial- und Demokratieabbau sind Gegenstand des dritten Teiles. Im vierten Teil wird aufgezeigt, inwiefern sich soziale Ungleichheit in der Gesellschaft in Kombination mit schwindenden finanziellen Ressourcen auf das professionelle Handeln der AkteurInnen in der Sozialen Arbeit auswirkt. (Die hier ursprünglich zur Illustration vorgesehene Befragung von MitarbeiterInnen eines freien Trägers in Sachsen, welcher Finanzkürzungen 2011 i. H. v. mindestens 25% hinnehmen muss, geht aufgrund der Komplexität und Differenziertheit des Gesamtzusammenhanges nicht mehr ausführlich in die Arbeit ein.) Nach Zusammenführung der Erkenntnisse aus den ersten vier Teilen wird schließlich im letzten Abschnitt auf eine Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession abgestellt und daraus Forderungen bezüglich der Praxis und der Theorie Sozialer Arbeit abgeleitet.

1. Das Geldsystem

1.1. Funktionen des Geldes

Geld hat drei Funktionen: Erstens ist es allgemein anerkanntes Zahlungsmittel, zweitens Rechenmittel und Wertmaßstab und es dient drittens als Wertaufbewahrungsmittel bzw. Schatzmittel. Die ersten beiden Eigenschaften fallen zusammen, denn mit jeder Zahlung findet gleichzeitig eine Wertbemessung der gehandelten Güter und Leistungen statt, die aus Vergleichen mit anderen Gütern und Leistungen stammt. Geld ermöglicht Arbeitsteilung, da es den Tausch von Gütern und Dienstleistungen enorm erleichtert. Damit ist es Grundlage des heutigen Wirtschaftssystems und vielleicht eine der genialsten Erfindungen der Menschheit überhaupt. Vor der Erfindung des Geldes wurden als Tauschmittel bestimmte langlebige Güter verwendet, die man notfalls auch selbst benutzen konnte. Das nach und nach an deren Stelle tretende Edelmetallgeld hatte im Vergleich zu diesen Gü-

tern viele Vorteile. Es war handlicher, in jeder Größe herstellbar und leicht zu transportieren. Der größte Unterschied zu den anderen Tauschmitteln allerdings war seine Beständigkeit. Es verdarb/alterte nicht und verursachte keine Lagerkosten. Damit war aber Geld kein Äquivalent zu den zu tauschenden Gütern und Leistungen mehr, sondern es war diesen überlegen. Diese Überlegenheit wiederum gab dem Geld seine besondere Stellung: Alle begehrten es, niemand gab es gerne wieder her (Creutz 1994: 77). Die Funktion des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel jedoch setzt die beiden ersten Funktionen außer Kraft, denn es versetzt die Geldbesitzenden in die Lage, ihr nicht benötigtes Geld als Schatz zurückzuhalten/zu sparen und somit dem Geldkreislauf zu entziehen. Diese Unterbrechung des Kreislaufes hat enorme Auswirkungen auf die Volkswirtschaft, da Güter und Dienstleistungen in Höhe des Tauschwertes des verschatzten Geldes nicht nachgefragt werden, denn zur Schließung des Kreislaufes muss immer jemand da sein, die/der die Güter bzw. Dienstleistungen kauft⁴. Die Nichtnachfrage hat zur Folge, dass die Preise für die vorhandenen Güter und Dienstleistungen sinken; die Umsätze und Gewinne der Unternehmen gehen zurück. Hält diese sogenannte Deflation länger an, führt sie zu Konjunkturinbrüchen mit Arbeitslosigkeit und Firmenpleiten.

⁴ Als Zahlungsmittel im Endverkauf hat Bargeld mit 66,8% nach wie vor die größte Bedeutung, gefolgt von der ec-Lastschrift mit 17,1% (Angaben für 2002) (Creutz 2010).

1.2. Arten des Wachstums und Zins

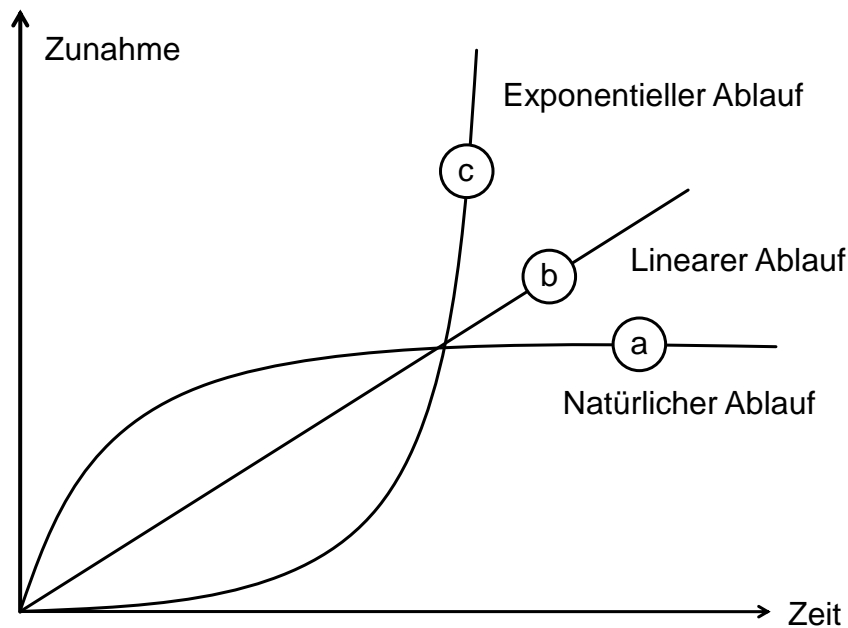


Abbildung 1: grundsätzliche Arten von Wachstumsabläufen (Kennedy 2006: 21)

Kurve a zeigt in vereinfachter Form das physische Wachstumsverhalten in der Natur, die sogenannte „Annäherungskurve“. Es ist eine Logarithmus-naturalis-Funktion⁵ zwischen Zeit und Zunahme, dem alles lebendige Wachstum folgt. Lebendiges wächst anfangs schnell, später langsamer und schließlich endet die quantitative Zunahme. Beispielsweise endet beim Menschen das quantitative Wachstum um das 21. Lebensjahr. Ab diesem Zeitpunkt, also die längste Zeit ihres/seines Lebens, verändert sie/er sich nur noch qualitativ. Alle natürlichen Wachstumsprozesse stabilisieren sich auf einer optimalen Höhe. Kurve b veranschaulicht das mechanische oder lineare Wachstum⁶. Das heißt z. B.: Mehr Menschen produzieren mehr Güter, mehr Kohle produziert mehr Energie usw.. Für die vorliegende Betrachtung ist das von geringerer Bedeutung, dennoch sei darauf hingewiesen, dass auf einer Erde mit begrenzten Kapazitäten ein solches Wachstum nicht durchgehalten werden kann. Kurve c bildet beschleunigtes oder exponentielles Wachstum ab und ist damit das genaue Gegenteil von Kurve a. Anfangs ist die Zunahme sehr gering, aber mit der Zeit beschleunigt sich die Zunahme. Sie

⁵ $y = ax^b$, wobei y für die Menge bzw. Anzahl dessen, was wächst und x für die Zeit steht; a ist eine beliebige Zahl, sie muss größer als 1 sein.

⁶ $y = ax$

folgt einer Exponentialfunktion⁷ und geht mit der Zeit in eine fast senkrechte quantitative Zunahme über. Tritt ein solches Wachstum in der Natur auf, so führt es meist zum Tod des Organismus⁸ von dem es abhängt (Kennedy 2006: 22).

Genau ein solches Wachstum weisen aber die Geldvermögen auf, denn wo Zins gezahlt wird, entsteht auch die Notwendigkeit, Zins auf Zinsen zu zahlen – und damit der Zinseszinsseffekt⁹. Aufgrund dieses Effektes verdoppeln sich die Geldvermögen in regelmäßigen Zeitabständen. Werden anfangs, also am Beginn einer Wirtschaftsepoche, z. B. nach einem Krieg, noch Geldvermögen aus erspartem Arbeitseinkommen gebildet, „wuchern“ sie umso mehr „von alleine“, je älter eine Volkswirtschaft ist. Der Zins entwickelt sich lawinenartig, er verhält sich wie ein Krebs in der sozialen Struktur. Das System wird immer instabiler und muss schließlich kollabieren, denn die andauernde und langfristige Zahlung von Zins und Zinseszins ist mathematisch nachweisbar praktisch unmöglich (vgl. z. B. Meyer 2010; Kennedy 2006; Creutz 1994).

Die Geldbesitzenden, die in der der 65 Jahre alten Volkswirtschaft der BRD ihren Reichtum kaum mehr selbst erarbeitet, sondern meist geerbt¹⁰ haben, verfügen über ein dauerhaftes Tauschmittel, welches sie nach Belieben horten oder aber in den Wirtschaftskreislauf einspeisen können. Wer dagegen Güter produziert, muss diese zur Kosten- und Verlustmeidung immer zu verkaufen suchen. Auch die/derjenige, die/der Dienstleistungen bzw. ihre/seine Arbeitskraft verkauft, ist zum Angebot gezwungen. Ihnen gegenüber ist die/der Geldbesitzende im „Liquiditätsvorteil“. Diesen Vorteil gibt sie/er nicht ohne Belohnung auf. Das heißt, es gibt keinen Liquiditätsverzicht ohne Prämie, und diese „Liquiditätsverzichtsprämie“ ist der Zins (Keynes in: Creutz 1994: 80). Das heißt, das Geld wird nur dann weitergegeben bzw. investiert, wenn ein ausreichend hoher Zins bezahlt wird. Die Geldhor-

7

⁸ Krebs folgt beispielsweise folgendem exponentiellen Wachstumsmuster: $y = x^2$, wobei x für die Zeit, z. B. in Tagen und y für die Anzahl der Krebszellen steht. Aus einer Zelle sind also z. B. am zweiten Tag 2, daraus am dritten Tag 4, dann 8, 16, 32, 64, 128, 256 usw., er wächst also ständig *schneller*.

⁹ Die Formel für die Berechnung des Zinses und Zinseszinses steht z. B. in der Mathe-Formelsammlung für Schüler (Rüdiger u. a. 1999/2006: 21). Eindrucksvoll ist auch das Beispiel vom „Josephspfennig“, es macht die Unmöglichkeit eines *permanenten* exponentiellen Wachstums besonders deutlich: Hätte Joseph zum Zeitpunkt der Geburt seines Sohnes Jesus einen Pfennig mit 5% Zinsen investiert, so hätte Jesus bei seiner Wiederkehr im Jahre 1990 – unter der Voraussetzung, dass es seither keine Währungsreform gegeben hätte – 134 Milliarden Kugeln aus Gold (zum Goldpreis vom 09.01.1990, nämlich 18.500DM/Tonne Gold) vom Gewicht des Planeten Erde bei dieser Bank „abheben“ können (Senf 1996: 87, vgl. auch Niess 2010).

¹⁰ Im Rahmen der im VS Verlag erschienen Studie „Vermögen in Deutschland“ gaben die 472 befragten Leute mit einem durchschnittlichen Haushaltsvermögen von 2,5 Mill. Euro Folgendes an: 57% von ihnen seien v. a. durch Erbschaft zu ihrem Vermögen gekommen, bei 16% sei Heirat der Grund gewesen und bei 33% freies Unternehmertum (Dribbusch 2010, vgl. auch Stein 2004: 218ff.).

tung lohnt sich demnach insofern, als dass für seine Freigabe ein „Tribut“ gefordert werden kann. Nach Gesell liegt die Höhe dieses „Tributes“ bei 2,5%¹¹ (Kennedy 2006: 47ff.). Um also die Unterbrechung im Wirtschaftskreislauf zu schließen, muss Geld freigegeben werden, was üblicherweise in Form von Krediten geschieht. Die damit verbundenen Zinsforderungen werden in die Produkte und Dienstleistungen eingepreist und führen zu einer Kostenbelastung der Wirtschaft. Um den Zins zu bezahlen, also das „Kapital zu bedienen“, betreiben die Unternehmen eine immer schärfere Profitmaximierungsstrategie, in deren Folge sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Der shareholder value ist alles, der stakeholder value gilt (fast) nichts. Nach dieser Logik muss – um Arbeitslosigkeit und Firmenpleiten zu vermeiden – die Wirtschaft stärker/schneller wachsen als der Zins und Zinseszins (vgl. Jenner 1997: 22ff.).

Der hierdurch zum – theoretisch unbegrenzten – exponentiellen quantitativen wirtschaftlichen Wachstum zwingende Wachstumsdruck ist ungerichtet und zielt auf kurzfristige Gewinne ab. Investitionen in langfristige Projekte sind erschwert. Soziales und ökologisches Kapital¹² wird entwertet und immer weitere Bereiche der Gesellschaft werden kommodifiziert bzw. marktförmig gestaltet.

Die eingepreisten Zinsanteile an den Gütern und Dienstleistungen werden von den Unternehmen an die KonsumentInnen weitergereicht. Das heißt, die Endverbrau-

¹¹ Der deutsch-argentinische Kaufmann Silvio Gesell hatte Ende des 19. Jahrhunderts erkannt, dass der Absatz und der Preis von Waren hauptsächlich von der Höhe des Zinses abhängig ist, welche das Verhalten der Geldbesitzer beeinflusste: Wenn die Besitzer weniger als 2,5% Zinsen erhielten, neigten sie dazu, das Geld zu behalten und verursachten damit eine Verringerung der Investitionen, die Wirtschaft schrumpfte. Nach einiger Zeit waren die Leute wieder bereit, mehr als 2,5% Zinsen zu zahlen, Geld kam wieder in Umlauf und ein neuer wirtschaftlicher Zyklus begann mit anfangs hohen Zinssätzen und entsprechenden Preisen. Dann verringerten sich mit langsam steigendem Waren- und vermehrtem Geldangebot die Zinssätze wieder und Geld wurde nicht mehr verliehen. Gesell erklärte dieses Phänomen damit, dass Geld im Gegensatz zu fast allen anderen Gütern und Dienstleistungen praktisch ohne Kosten zurückgehalten werden kann (Kennedy 2006: 47ff.).

¹² Das BIP (Bruttoinlandsprodukt) bezeichnet den Wert aller Güter, die in einem Jahr innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft erwirtschaftet werden (Bundeszentrale für politische Bildung 2011). Allerdings ist das BIP als Wachstumsindikator für die sozialen und ökologischen Folgen des Wirtschaftens blind. So bezeichnet das BIP alles, was die Geldflüsse steigert als „positiv“; natürliche und soziale Gemeinschaftsgüter werden kostenfrei kapitalisiert, also mit Hilfe von Arbeit und Technik in Geldwerte verwandelt. Wenn dabei die ökologischen und sozialen Verluste den finanziellen Nutzen übertreffen, wird die sogenannte „Wertschöpfung“ zur Schimäre. Eine echte, die Naturgesetze respektierende, Gewinn- und Verlustrechnung käme daher zu völlig anderen Ergebnissen (Rohleder 2005). Nach Scheer ist der Oberbegriff von allem „eigentlich Ökologie [...]“; Ökologie beschreibt das Gesamtgebilde; Ökonomie ist [...] ein Unterbegriff von Ökologie“, der „lediglich die kostensparende, effiziente Verwaltung“ des Gesamtgebildes beschreibt. Stellt man aber Ökonomie über Ökologie, „dann ist das ein Programm, das ins Verderben führen muss [...] früher oder später“ (Scheer zit. n. Rohleder 2005).

cherInnen zahlen den stets steigenden Zinsanteil¹³, um das Kapital zu „bedienen“, welches Grundlage des zuvor gewährten Kredites ist. Dieser Mechanismus bewirkt sehr effektiv, weil exponentiell verlaufend, die Umverteilung des Geldes von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung zu einer Minderheit der Vermögenden.

1.3. Symmetrische Verteilung von Guthaben und Schulden

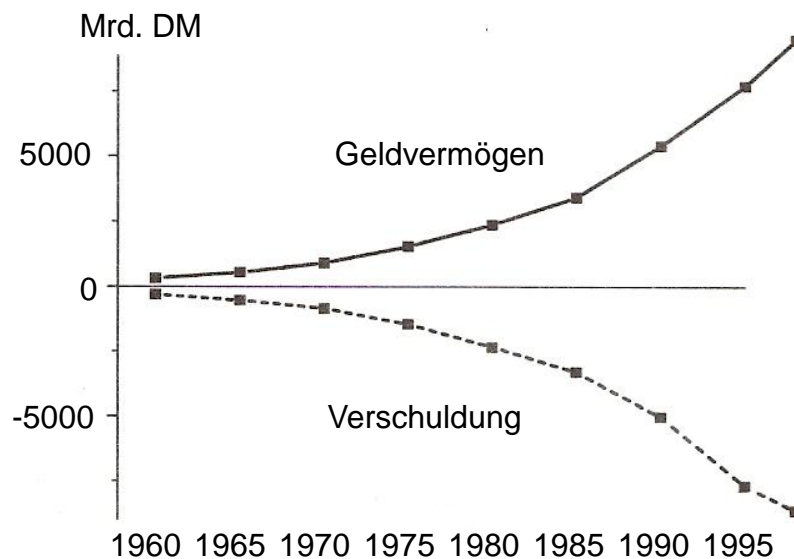


Abbildung 2: Entwicklung der gesamten Geldvermögen/gesamten Verschuldung in Deutschland (Deutsche Bundesbank in: Hannich 2000: 22)

Die Gesamtschulden enthalten die Kredite von Staat¹⁴, Unternehmen und Privathaushalten, sie verhalten sich symmetrisch zu den Guthaben der Vermögenden. Damit positive Zinserträge für die SparerInnen fließen können, muss das Geld verliehen bzw. investiert werden. Dazu braucht es SchuldnerInnen bzw. KreditnehmerInnen. Die aufgrund des Zinseszinses ständige, weitgehend automatische Zunahme der Geldvermögen ermöglicht nicht nur Kreditaufnahmen, sondern *erzwingt*

¹³ Jenner bezeichnet diesen in den Preisen enthaltenen Zinsanteil als „private Steuer“, laut seinen Berechnungen beträgt der Anteil an „Kapitaldienst“ in allen Preisen von Gütern und Dienstleistungen 2001 inzwischen durchschnittlich 31% (Jenner 2008: 43ff.). Becker kommt mit seinen Berechnungen auf einen Zinslastanteil von insgesamt sogar 46% bezüglich der Ausgaben der Privathaushalte (Becker in: Kennedy 2006: 30ff.).

¹⁴ Hier sind alle Körperschaften öffentlichen Rechts wie Bund, Länder, Kommunen gemeint.

sie regelrecht. Das Kapital verlangt also ganz legal und systemimmanent nach SchuldnerInnen, andernfalls gibt es eben kein Geld frei – mit den in Pkt. 1.1. genannten Auswirkungen auf die Volkswirtschaft. „Damit nährt sich die Verschuldung aus sich selbst heraus“ (Deutsche Bundesbank zit. n. Meyer 2010: 12). Das bedeutet, dass von Privathaushalten, Wirtschaftsunternehmen und/oder Körperschaften öffentlichen Rechts¹⁵ Schulden gemacht bzw. Kredite aufgenommen werden *müssen*, denn ohne Kreditaufnahme würden keine Zinsen an die GläubigerInnen fließen, was diese wiederum dazu veranlassen würde, ihr Geld nicht zu verleihen, sondern solange zurückzuhalten, bis eine Geldanlage einen attraktiven Zins verspricht. Die SchuldnerInnen werden längst nicht mehr nur in der eigenen Volkswirtschaft gesucht. Kapital ist hochflexibel und sucht z. T. aggressiv nach lukrativen Anlagemöglichkeiten¹⁶ rund um den Planeten (vgl. Chossudovsky 2002). Auch bedeutet das, dass potenzielle SchuldnerInnen mit der Zeit immer kreativer zum Kreditnehmen animiert werden müssen, um das System am Laufen zu erhalten. Daraus folgt, dass, wenn Privathaushalte und Unternehmen¹⁷ nicht mehr zu weiteren Kreditaufnahmen bereit und in der Lage sind, sich der Staat verschulden *muss*, will er nicht ein Schrumpfen der Wirtschaft zulassen. Mit zunehmender Staatsverschuldung allerdings wird die Mechanik der Umverteilung des Geldes von unten nach oben weiter in Gang gehalten. Außerdem steigt der Zinsanteil an den Steuern immer weiter an (s. 3.1.).

1.4. *Verteilung der Zinseinkommen*

Da auf Guthaben Zins gezahlt wird, hat jede/r, die/der ein Guthaben besitzt (z. B. Sparguthaben o. Ä.) Zinseinnahmen. Direkte Zinsen muss zahlen, wer sich verschuldet hat (z. B. Ratenkredit, Eigenheimhypothek u. a.). Schon dies führt dazu, dass die SparerInnen ein leistungsloses (Zins-)Einkommen hat und die KreditnehmerInnen (Zins)

¹⁵ Die Verschuldung der Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände ist von 1965 bis 2009 um knapp das Sechsfache und die des Bundes und der Länder etwa um das 38-fache gewachsen (Meyer 2010: 11).

¹⁶ Z. B. beschreibt Hahn, wie Kreditmakler im Auftrag der Deutschen Bank amerikanischen HausbesitzerInnen mit der Formel: „Stellen Sie sich bloß vor, was Sie sich alles kaufen können!“ reihenweise Hypotheken „aufschwatzten“ (Hahn 2010).

¹⁷ Eine junge Volkswirtschaft finanziert einen bedeutenden Teil ihrer Investitionen noch selbst, danach tritt eine zunehmende Sättigung der Märkte ein – die Bürger sind mit allem Nötigen und Unnötigen versorgt – und die meisten, v. a. kleinere und mittlere Unternehmen, nehmen zunehmend Fremdkapital auf, um Innovationen/Investitionen zu finanzieren. 2003 betrug die durchschnittliche Eigenkapitalquote deutscher Unternehmen nur noch 17%, bei den kleineren und mittleren tendierte sie bereits gegen Null (Jenner 2008: 65).

zahlen muss. Aber eine noch größere Umverteilung findet statt aufgrund der in den Preisen von Gütern und Dienstleistungen enthaltenen – und ständig steigenden – Zinsanteile, welche alle KonsumentInnen zahlen, auch wenn sie sich nicht selbst direkt verschulden. So zeigt sich, dass 80% der Bevölkerung¹⁸ mehr Zinsen zahlen als sie erhalten und damit netto ZinszahlerInnen sind, zehn% haben einen geringen Zinsertragsüberschuss und bei den restlichen 10% liegt der Zinsertrag beim Doppelten der Zinslasten; sie sind also netto ZinsempfängerInnen. Dieser sozial ungerechte Umverteilungsmechanismus hat exponentiellen Charakter¹⁹ und ist aufgrund seiner Eigendynamik schwer steuerbar. Er lässt die überwiegend von Arbeit lebende Mehrheit immer ärmer und die von Geldbesitz lebende Minderheit immer reicher werden. Aufgrund des Überwachstums²⁰ der Geldmenge gegenüber dem Wirtschaftswachstum nimmt diese Umschichtung im Laufe der Zeit ständig zu (Kennedy 2006: 33f.). Senf spricht 2009 sogar von 85-90% NettozinszahlerInnen (Senf in: Stieber 2010: 19). Das Überwachstum hat auch zur Folge, dass das Kapital selbst Gegenstand von Geschäften (Hedgefonds, Derivate, Kreditausfallversicherungen²¹ usw.) wird (vgl. Attac 2005, Niess 2010).

Mit dem Zins im Geldsystem ist also eine Umverteilung von Geld verbunden, welche nicht auf Leistung beruht, sondern darauf, dass jemand die freie Marktwirtschaft, das heißt den Austausch von Waren und Dienstleistungen, durch Zurückhalten des Austauschmittels behindern und für die Aufgabe dieser Behinderung ein Belohnung erzwingen kann. Da Geld ein öffentliches Gut ist und als eine Dienstleistung des Staates aufgefasst werden kann, arbeitet dieser Zins- und Zinseszinsmechanismus gegen die verfassungsmäßigen Rechte der StaatsbürgerInnen, denn die Verfassung garantiert den BürgerInnen gleichen Zugang zu allen Dienstleistungen des Staates. Demzufolge ist es verfassungswidrig, dass durch einen Fehler im Geldsystem 10% der Bevölkerung auf Kosten der Mehrheit ständig wachsende Gewinne machen kann (Kennedy 2006: 36; Creutz 2009: 141).

¹⁸ Hier wurde die Bevölkerung Deutschlands in 10 einkommensmäßig gleich große Haushaltsgruppen eingeteilt (Kennedy 2006: 35).

¹⁹ Das wird bei genauer Betrachtung des letzten Zehntels, also der Systemprofiteure, deutlich: Das reichste Zehntel dieser Kategorie erzielt den 5-fachen, das reichste Hundertstel den 2500-fachen Zinsertrag. Bei einer fünfprozentigen Verzinsung werden die 31 Milliardärsfamilien in Deutschland täglich um 583.000Euro reicher (Kennedy 2006: 34).

²⁰ In den vergangenen Jahrzehnten (bis 2009) war der Zinssatz durchschnittlich jährlich um 3,0-3,5% höher als die Steigerungsrate des Bruttoinlandsproduktes (Meyer 2010: 34).

²¹ Geißler spricht davon, dass inzwischen 100 Bill. Dollar ohne realen ökonomischen Gegenwert existieren und dennoch kreativ Gewinne erwirtschaften sollen (Geißler in: Unfried 2010) Nach Niess haben nur noch 5% des Geldumsatzes mit realen Waren zu tun, 95% sind reine Spekulation (Niess 2010).

2. Einkommensungleichheit und Gesellschaft

2.1. Die „Krise der Arbeit“

Die aus dem zinsbedingten Wachstumszwang resultierenden Folgen des Turbokapitalismus sind neben höherer Leistungsfähigkeit und beschleunigtem Strukturwandel eine größere Einkommensungleichheit. Und Einkommensungleichheit bedeutet soziale Ungleichheit, da das Einkommen aus lohnabhängiger Beschäftigung insofern für die Inklusion des Subjektes in die Gesellschaft von Bedeutung ist, da auf ihr, neben Konsum und Familie, das Vergesellschaftungsmodell der wohlfahrtsstaatlichen Arbeitsgesellschaft mit seinen Entwicklungs- und Lebenslaufschablonen und auch seinen Sicherheiten basiert (Galuske 2002: 178). Anders ausgedrückt: „Höchstes Lebensziel ist das hingebungsvolle Aufgehen im Beruf“ (Niess 2010).

Inzwischen wird die ArbeiterInnenschaft²² als in zwei Gruppen gespalten beschrieben: als „einen Kern, der sich aus fest angestellten Vollzeitarbeitskräften zusammensetzt, [...] einer großen Menge von peripheren Arbeiten, die größtenteils prekär beschäftigt und befristet sind, mit variabler Arbeitszeit und variablem Lohn und [...] einem stetig steigenden Anteil ‘Externer’“ (Gorz zit. n. Galuske 2002: 150), die als selbstständige/freiberufliche DienstleisterInnen hochflexibel sein müssen. Nach Sennett fällt die soziale Inklusion der Subjekte dem Zwang zur Flexibilität in der Postmoderne zum Opfer. Oder anders formuliert: „Der flexible Kapitalismus wirft die Frage auf: ‘Wer braucht mich?’“ (Sennett zit. n. Galuske 2002: 178f.). Die sogenannte „Krise der Arbeit“ kann daher verstanden werden als Verlust der sozialintegrativen Funktion der Arbeit, welcher mit der Auflösung des o. g. Vergesellschaftungsmodells einhergeht (Galuske 2002: 178).

Auch Castell weist darauf hin, dass soziale Eingliederung auf berufliche Eingliederung hinausläuft, was für einen wachsenden Anteil Erwerbsfähiger zu einem Zustand „ewiger Eingliederung“ führt (Castell 2000: 376). Diese Tätigkeiten auf dem sogenannten „dritten“ Sektor, der auch als „soziale Ökonomie“ bezeichnet wird und der zwischen Normalbeschäftigung und Fürsorge (Marktsektor und geschützter Sektor) steht, weiten sich enorm aus und scheinen sich inzwischen zu einer vom

²² Nach Kochs Angaben stieg der Anteil der DienstleisterInnen in der ArbeitnehmerInnenschaft von knapp 60% (1991) auf 73,5% (2010); parallel dazu sank der Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe von 29% (1991) auf 19% (2010). Mit der Verschiebung zu den Dienstleistungen geht einher, dass mehr Frauen arbeiten – ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist gestiegen: von 16,7 Mill. (1991) auf 19,2 Mill. (2009); der Anteil der Männer ist gesunken: von 22 Mill. (1991) auf 21 Mill. (2009). Aber: über 50% der Frauen sind in Teilzeit beschäftigt (2009), Männer arbeiten zu 83% in Vollzeit (2009) (Koch 2011a).

klassischen Arbeitsmarkt unabhängigen Sphäre verselbständigt zu haben (ebd.: 389f.).

2.2. Das Ausmaß der Einkommensungleichheit

Nach Galuskes Berechnungen sank von 1991 bis 1997 die Nettolohnquote²³ ungefähr im gleichen Maße wie die Gewinne²⁴ aus Unternehmertätigkeiten und Kapitaleinkünften stieg (vgl. Abbildung 3).

	Nettolohn- und -gehaltsquote (in %)	Nettogewinn und -vermögenseinkommen (in %)
1991	48,1	30,6
1992	47,3	30,9
1993	46,9	30,6
1994	45,1	32,3
1995	43,9	33,0
1996	43,4	34,1
1997	41,9	35,6

Abbildung 3: Nettolohn- und -gewinnquoten in Deutschland von 1991 bis 1997 (Fuchs in: Galuske 2002: 182)

Vergleicht man die Zuwächse durch Vermögenseinkommen mit der Entwicklung der Gehälter, so zeigt sich ein ähnlicher Trend: Die Nettolohn- und Gehaltssumme hat sich zwischen 1980 und 1996 knapp verdoppelt, während sich die Vermögenseinkommen mehr als verdreifacht haben (vgl. Abbildung 4).

²³ Die Nettolohnquote gibt die Verteilung der Einkommensanteile aus unselbständiger Arbeit nach Eingriff staatlicher Umverteilung gemäß Steuer- und Sozialrecht wieder (Galuske 2002: 182).

²⁴ Die Quote des Nettogewinns und -vermögenseinkommens ist Indikator für die Einkommensanteile aus unternehmerischen Gewinnen und Kapitalerträgen nach Eingriff staatlicher Umverteilungsmaßnahmen gemäß Steuer- und Sozialrecht (Galuske 2002: 182).

	Vermögenseinkommen (in Mrd. DM)	Nettolohn- und Gehaltssumme (in Mrd. DM)
1980	73,0	506,2
1985	109,4	571,0
1990	152,4	743,6
1991	181,2	899,7
1992	205,8	953,6
1993	212,0	977,8
1994	220,3	972,6
1995	214,9	973,4
1996	222,7	995,0

Abbildung 4: Entwicklung der Vermögenseinkommen und Nettolohn- und Gehaltssummen in Deutschland von 1980 bis 1996 (Fuchs in: Galuske 2002: 183)

Auch aus dem Lohnbericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) von 2010 geht hervor, dass in den vergangenen zehn Jahren die Löhne im Vergleich zu den Unternehmensgewinnen langsamer wachsen und so die Einkommensunterschiede immer größer werden. In Deutschland ging das Lohnwachstum innerhalb dieses Zeitraumes um 4,5% zurück, was vor allem der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse (Niedriglohnsektor, befristete und Teilzeitarbeitsverhältnisse) geschuldet ist. So stiegen in diesem Zeitraum in Deutschland zwar die durchschnittlichen Monateinkommen um 10,2%, jedoch stiegen auch die Verbraucherpreise²⁵ um 15,4%, so dass netto ein Minus bleibt, die Einkommen real also sinken (Wieder 2010; vgl. auch Sturn/van Treeck 2010). Mit dem Ausbau des Niedriglohnsektors²⁶ im Zuge der rot-grünen Arbeitsmarktreformen schrumpfen die Löhne flächendeckend weiter (Liebert 2010).

Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt zu dem Ergebnis, dass die absoluten Einkommen sich weiter spreizen: Die Armen werden ärmer, die Reichen reicher, wobei die Spreizung der Einkommen erwartungsgemäß nach Wirtschaftsflauten zunimmt. Jedoch selbst in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität wird

²⁵ Das bedeutet nicht, dass die Qualität der Waren und Dienstleistungen gestiegen wäre, sondern dass das Tauschmittel Geld an Wert verloren hat (Inflation).

²⁶ Der IG-Metall-Vorsitzende Huber spricht davon, dass nur 15% der neu eingestellten Beschäftigten einen regulären unbefristeten Arbeitsvertrag erhielten, alle anderen seien prekär beschäftigt bzw. LeiharbeiterInnen (Michel 2010).

dieser Trend nur verlangsamt, nicht umgedreht (Herrmann 2010c). Insbesondere in Ostdeutschland verarmt die Gesellschaft. Hier schrumpft die Mittelschicht durch Einkommensverluste besonders schnell, der Anteil der armen Haushalte stieg von 2000 bis 2009 von 24 auf fast 31% (Herrmann 2010d). Noch ungerechter als die Einkommen sind die Vermögen in Deutschland verteilt (s. 1.4.). Die DIW-Studie ergibt, dass das reichste Hundertstel bereits 23% des gesamten Vermögens besitzt, das oberste Zehntel kontrolliert 61% und zugleich verfügen die unteren 70% über weniger als 9% des Gesamtvermögens (ebd., vgl. auch Niess 2010).

Die Polarisierung des gesellschaftlichen Reichtums wirft die Frage auf: „Wie weit darf das Einkommensgefälle gehen, und wie weit können die Reallöhne sinken, ehe es in einer Demokratie zur Zerreißprobe kommt?“ (Thurow zit. n. Galuske 2002: 190).

2.3. *Wirkungen der Einkommensungleichheit auf die Gesellschaft*

Pickett und Wilkinson untersuchten den Zusammenhang zwischen typischen gesellschaftlichen – und häufig auch sozialarbeiterisch relevanten – Problemen wie psychische Krankheiten, Bildungsstand von 15-Jährigen, Teenagerschwangerschaften, Fettsucht, Zahl der Inhaftierten u. a. und der Ungleichverteilung der Einkommen in der Bevölkerung in den 21 reichen Industrieländern und in den US-Bundesstaaten. Als Bewertungsmaßstab für die Ungleichheit dient das Verhältnis des Einkommens der oberen 20% zu dem der unteren 20% der Bevölkerung und, um die Ergebnisse zu verifizieren, der Gini-Koeffizient²⁷. Das Datenmaterial stammt von der Weltbank, der WHO, der UNO und der OECD.

Ihre Untersuchungen zeigen, dass Lebenserwartung und Glücklichkeit²⁸ im Zuge wirtschaftlicher Prosperität ansteigen. Aber: Je wohlhabender ein Land im Laufe der Zeit wird, desto weniger fühlt sich die Bevölkerung *entsprechend* glücklicher, wenn sie *noch* reicher wird – der Zusammenhang erinnert an eine Logarithmus-

²⁷ Ein Maß zur Bewertung von Einkommensungleichverteilung ist der Gini-Koeffizient: bei maximaler Ungleichheit – wenn also das Nationaleinkommen nur einer Person zukäme und alle anderen nichts erhielten – wäre der Gini-Koeffizient 1. Und wenn perfekte Gleichheit herrschte – also das Nationaleinkommen zu exakt gleichen Teilen auf alle Bürger entfiel – wäre der Gini-Koeffizient 0. (Pickett/Wilkinson 2010: 31f.; vgl. auch Stein 2004: 209ff.) Nach Niess beträgt der Gini-Koeffizient für Deutschland 0,28 (zum Vergleich: Der globale Gini-Koeffizient beträgt 0,66) (Niess 2010).

²⁸ „Glücklichkeit“ zu definieren ist schwierig; vielleicht ist auch die Übersetzung von Pickett/Wilkinsons Original: „The Spirit Level“ in „Gleichheit ist Glück“ nicht sehr treffend. Interessant dazu könnten Bhutans Definitionen von Bruttosozialglück (auch: Bruttonationalglück) als Versuch sein, den Lebensstandard ganzheitlich zu erfassen (vgl. z. B. Pelden 2010).

naturalis-Funktion: Das Plateau pegelt sich bei einem konstanten Pro-Kopf-Einkommenswert von 25.000 US-Dollar ein (Pickett/Wilkinson 2010: 20ff.).

Die Einkommensungleichheit ist in unterschiedlichen Ländern bzw. Regionen verschieden stark ausgeprägt. Die Ergebnisse von Pickett und Wilkinson zeigen, dass in Gesellschaften mit deutlicher sozialer Ungleichheit nicht nur Gewalt und Gesundheitsprobleme stärker ausgeprägt sind, sondern dass dies für fast alle Probleme gilt, die es in unteren sozialen Schichten gibt. Je stärker ein Problem innerhalb einer Gesellschaft mit dem sozialen Gefälle verknüpft ist, desto deutlicher wird es durch die Einkommensungleichheit determiniert.

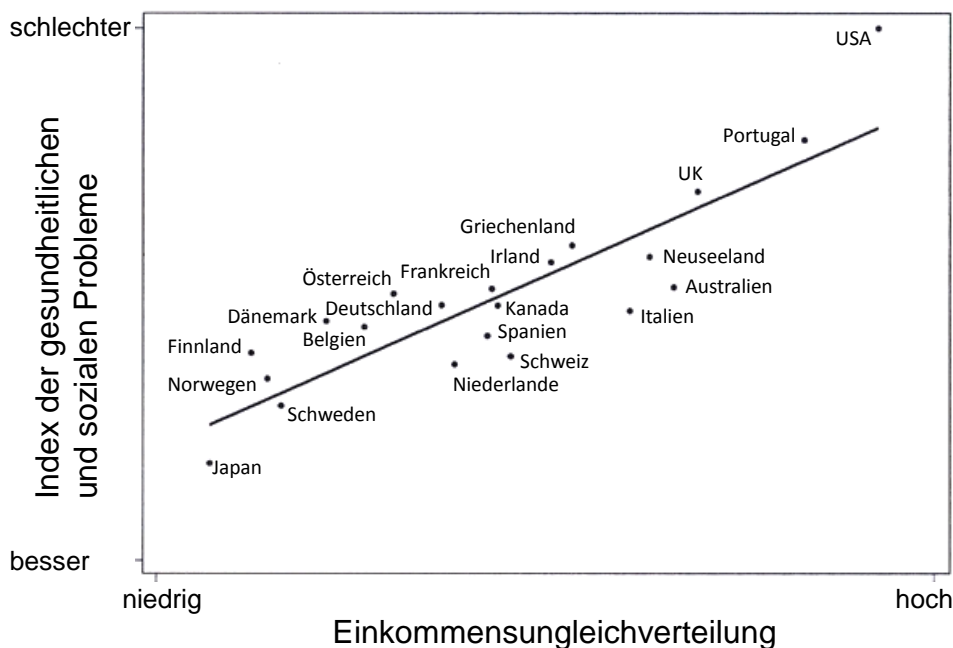


Abbildung 5: Korrelation des Index der gesundheitlichen und sozialen Probleme mit der Einkommensungleichheit in den Ländern (nach Pickett/Wilkinson 2010: 200)

Folgende starke Korrelationen zum Ausmaß der Einkommensungleichheit wurden gefunden: Mit steigender Ungleichheit

- sinkt das Niveau des gegenseitigen Vertrauens, der Zusammenhalt in der Gesellschaft ;
- nehmen psychische Erkrankungen, wie Ängste, Depressionen sowie Alkohol- und Drogensucht zu;
- nimmt Fettleibigkeit zu;
- nehmen die schulischen Leistungen der Kinder ab;

- nehmen Teenagerschwangerschaften zu;
- nimmt die Anzahl der Morde und Suizide zu;
- nimmt die Zahl der Gefängnisstrafen zu;
- nimmt die soziale Mobilität ab;
- nimmt die Lebenserwartung ab;
- nimmt die Säuglingssterblichkeit zu (Pickett/Wilkinson 2010: 47-196).

Eine Ursache für die Probleme liegt darin, dass die Menschen in Gesellschaften mit größerer Einkommensungleichheit einem verschärften Bewertungsdruck ausgesetzt sind, was härtere soziale Statuskonkurrenz zur Folge hat und damit mehr soziale Ängste verursacht. (ebd.: 199ff.). Auch die DIW-Studie kommt zu dem Schluss, dass es v. a. in der Mittelschicht zu einer „Statuspanik“ kommen könnte, wenn immer mehr NormalverdienerInnen erleben müssen, dass „sie nach unten absteigen“ (Herrmann 2010d).

Dabei treten in ungleichen Gesellschaften die oben genannten Probleme drei bis zehn Mal so häufig auf und es betrifft keineswegs ausschließlich Risikogruppen oder die ärmeren Schichten innerhalb einer Gesellschaft, sondern jeweils die *gesamte* Gesellschaft (Pickett/Wilkinson 2010: 199ff.).

3. Zinseszinsseffekt und Sozialstaat in Deutschland

3.1. Staatsverschuldung

Der weitaus größte Teil der Staatseinnahmen wird von den ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen durch Sozialversicherungsbeiträge²⁹, Lohnsteuer, Umsatzsteuer und Energiesteuern aufgebracht. Dagegen spielen Unternehmenssteuern (Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Teile der Einkommensteuer) eine untergeordnete Rolle. Steuern von Reichen (Erbschaftsteuer 5 Mrd. Euro; Vermögensteuer bis zu ihrer Abschaffung 10 Mrd. Euro) sind geringfügig (Först 2010). Mit diesen Mitteln hat nun der Staat die verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen und für einen Ausgleich gesellschaftlicher Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu sorgen. Die

²⁹Auf meine Mailanfrage dahingehend, inwiefern Först Sozialversicherungsbeiträge zu den Staatseinnahmen zählt, antwortet er am 15.12.2010: „Das ist reine Definitionssache. Ich folge hier dem Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von 1995 (EVSG 95).“ Das EVSG 95 ist ein auf EU-Ebene harmonisiertes Regelwerk, das den statistischen Rahmen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bildet. Es ermöglicht, europäische Volkswirtschaften statistisch zu beschreiben und zu vergleichen (Europa 2010).

Steuern sollen dem Staat also das Steuern ermöglichen. Viele Steuern sind direkt (z. B. Gewerbesteuer) oder indirekt (z. B. Einkommenssteuer, Mehrwertsteuer) mit der Wirtschaftsleistung verbunden. Das heißt, mit nachlassendem Wirtschaftswachstum sinken die Steuereinnahmen. Und die Wirtschaft hört zumindest dann auf zu wachsen, wenn der Markt befriedigt ist. Also verschuldet sich der Staat immer mehr³⁰. Noch gilt der deutsche Staat bei den GläubigerInnen als „guter“ Schuldner, da es hier eine vergleichsweise robuste (Export-)Wirtschaft gibt und der Zins noch ohne soziale Unruhen auf die SteuerzahlerInnen umgelegt werden kann. Für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung³¹ bedeutet dies, dass sie zusätzlich zu den in den Preisen für Güter und Dienstleistungen verborgenen Zinsen noch die in den Steuern enthaltenen Zinsen zahlen.

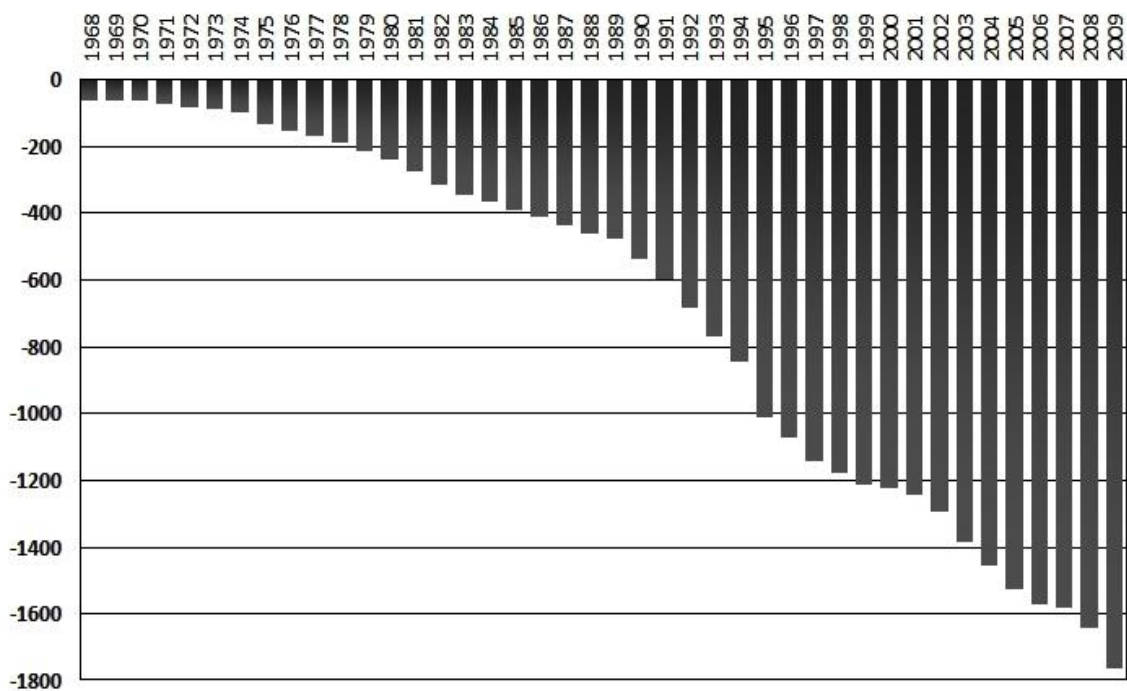


Abbildung 6: Staatsverschuldung in Mrd. Euro (nach Först 2010)

³⁰ Die Staatsverschuldung hat inzwischen eine schier unglaubliche Höhe erreicht: Nach der von Först eingerichteten Schuldenuhr steigt die deutsche Staatsverschuldung sekundlich um 2.505 Euro und betrug am 10.12.2010 11:47Uhr 1.794 Mrd. Euro. Nach seinen Berechnungen betragen die durchschnittlichen Staatseinnahmen der letzten zehn Jahre 474 Mrd. Euro, die -ausgaben 451 Mrd. Euro, woraus sich zunächst ein Primärüberschuss von 23 Mrd. Euro ergibt. Davon muss man jedoch aufgrund der astronomisch hohen Schulden Zinsen i. H. v. 66 Mrd. Euro abziehen, was zu einem Defizit von 43 Mrd. Euro führt. Und dieser Betrag fehlt jedes Jahr! Um den Fehlbetrag „auszugleichen“ werden neue Schulden gemacht, für die wieder Zinsen fällig werden usw. usw. – ein Teufelskreis (Först 2010).

³¹ Nach Kochs Angaben wurden während der Finanzkrise europaweit bislang 2.000 Mrd. Euro von den SteuerzahlerInnen aufgebracht; das entspricht etwa 13% der gesamten EU-Wirtschaftsleistung eines Jahres (Koch 2011b).

Seit 1968 wächst die Staatsverschuldung und die Kurve lässt eindeutig einen exponentiellen Verlauf erkennen. Wenn nicht massiv gegengesteuert wird, wird nach Meyers Hochrechnungen³² diese Entwicklung in Zukunft noch deutlicher sichtbar werden (Meyer 2010: 33ff.). Um Schulden zu tilgen, werden inzwischen weitere Kreditaufnahmen nötig und durch sogenannte „Umschuldung“ tritt ein Aufschuldungseffekt ein. So gab der deutsche Staat 2008 304 Mrd. Euro zum Zwecke der Schuldentilgung aus und nahm im gleichen Jahr 315 Mrd. Euro Kredite auf. Das heißt, fast die gesamten Neukreditaufnahmen werden zur Bedienung der Altschulden gebraucht (Först 2010; Statistisches Bundesamt 2010). Diese Refinanzierung der Tilgungsausgaben wird seit spätestens 1965 in dieser Weise gehandhabt; inzwischen dient die Neuverschuldung infolge des fortgeschrittenen Stadiums der Staatsverschuldung faktisch nur noch der von ihr selbst erzeugten Zinslast. Anders ausgedrückt: Die Kreditfinanzierung erzeugt *aus sich selbst heraus* immer größere Haushaltsdefizite (Meyer 2010: 5,12,39).

Weil die Steuern inzwischen zu einem immer bedeutenderem Teil durch die laufenden Zinszahlungen³³ aufgeessen werden (Creutz 1994: 230), verliert der Staat zunehmend an Steuerungsfähigkeit und damit an Macht. Nach Meyers Berechnungen betrug die Zinssteuerquote 2009 inzwischen 12,1%. Das heißt, dass knapp jeder achte Euro der Steuereinnahmen des öffentlichen Gesamthaushaltes auf Zinsausgaben entfiel (Meyer 2010: 1). Der Staat ist also zunehmend vom Wohlbefinden seiner GläubigerInnen³⁴ abhängig und dient immer weniger seinem Souverän, dem Volk. Nach Stieber wird inzwischen nach Vorgaben regiert, die häufig aus Bereichen kommen, die nicht die geringste demokratische Legitimität besitzen. Die geschätzten 5000 Lobbyisten³⁵ in Berlin, z. T. in zahlreichen Büros direkt im Reichstag untergebracht, beeinflussen den Gang der Dinge bis hin zur Mitarbeit an

³² Meyer prognostiziert auf Grundlage von Daten des Statistischen Bundesamtes, EuroStat und eigener Berechnungen (sowie unter Zugrundelegung folgender Eckwerte: Durchschnittszinssatz für Zinsausgaben = 6%, Steigerung BIP = 3%, durchschnittliche Steuerquote = 22% des nominalen BIP) eine exponentielle Steigerung der deutschen Staatsschulden auf 11.361 Mrd. Euro im Jahr 2040 (Meyer 2010: 34f.).

³³ Anfang der 80-er Jahre lag der Posten „Schuldenzinsen“ im Bundesetat hinter den Ausgaben für „Arbeit und Soziales“ und „Verteidigung“ auf dem dritten, Mitte der 80-er auf dem zweiten und 1994 auf dem ersten Platz. Von 1970 bis 1990 sind die Schuldzinslasten des Staates um den Faktor 9,7 gestiegen und damit gegenüber den staatlichen Investitionen, die sich nur um den Faktor 1,4 erhöhten, regelrecht explodiert (Creutz 1994: 230f.).

³⁴ 2009 waren das zu etwa 27% das deutsche Bankensystem, zu ca. 20% deutsche Nichtbanken (insbes. Unternehmen einschließlich Versicherungen) und zu ca. 53% ausländische Stellen (Meyer 2010:17).

³⁵ Auch die EU-Politik wird z. B. in Sachen Regulierung der Finanzmärkte maßgeblich von Banken-Lobbyisten bestimmt: Von den 40 Mitgliedern der von EU-Binnenmarktkommissar Barnier geschaffenen Group of Experts in Banking Issues (GEBI) sind 37 Vertreter europäischer und amerikanischer Privatbanken (Herrmann 2010b). Gegen diese Dominanz der Finanzlobby gibt es in Brüssel keine organisierten und vertretenen Gegenstimmen (Kaul 2010).

Gesetzestexten (Stieber 2010: 18). So bringt z. B. auch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz 2010 vor allem ertrags- und erbschaftssteuerliche Erleichterungen für Konzerne (Dittmar 2010).

Hinzu kommt, dass der Staat von der Möglichkeit Gebrauch macht, das dem Geldkreislauf entzogene Geld von der Notenbank durch Drucken neuen Geldes zu ersetzen. Dieses wird dem Kreislauf zugeführt, was eine Aufblähung³⁶ der vorhandenen Geldmenge gegenüber dem realen Sozialprodukt zur Folge hat. Das bedeutet, dass das Geld gegenüber den Gütern und Dienstleistungen an Wert verliert und damit auch seinen Zweck als stabiler Wertmaßstab³⁷ nicht erfüllen kann.

Um handlungsfähig zu bleiben, kann der Staat kurzfristig entweder die Einnahmen erhöhen durch z. B. Erhöhung von Steuern³⁸, Gebühren (oder auch durch Verkauf von Staatsbesitz oder Gewinn erwirtschaften durch staatliche Unternehmertätigkeit) und/oder die Ausgaben senken, also sparen. Allerdings müssen all diese Maßnahmen angesichts des exponentiellen Charakters des Schuldenwachstums (s. 1.3.) langfristig scheitern (vgl. auch Zinn 2009). Darüber hinaus gefährden drastische Sparmaßnahmen des Staates den sozialen Frieden im Land. Die Auswirkungen der Sparpolitik treffen vor allem diejenigen Gruppen und sozialen Schichten besonders hart, die eine schwache Lobby haben. Hierzu gehört neben Umweltschutz, Kultur, Bildung und Gesundheit zweifellos der soziale Bereich.

Nicht zuletzt zeitigt die Staatsverschuldung höchst demokratiefeindliche Wirkungen: So ist der aktuelle Schuldenberg zwar wegen Nichtbeachtung/Nichterkenntens/Nichtwahrhabenwollens der Eigendynamik des Zinseszins-effektes, aber dennoch auch auf Grundlage früherer und gegenwärtiger demokratischer Entscheidungsprozesse³⁹ entstanden. Allerdings resultieren daraus mittelbar für die kommenden Generationen extrem hohe Schuldendienstbelastungen, ohne dass ihnen eine demokratische Mitwirkung an diesen Entscheidungen möglich gewesen wäre.

³⁶ aufblähen = *inflate* (lat.) → Inflation

³⁷ So war z. B. die Deutsche Mark von 1950 bis im Jahr 2000 nur noch 20 Pfennig wert. Wer also 1950 für 100 Deutsche Mark Leistungen erbracht und das Geld zurückgelegt hat, erhielt 2000 dafür nur noch eine Gegenleistung i. H. v. 20% des Ausgangswertes (Creutz in: Kennedy 2006: 40).

³⁸ Die Erhöhung der Einnahmen stößt allerdings auf Probleme: Mehr Steuern und Beiträge auf Arbeit dämpfen den Leistungswillen und verteuern die Industrieprodukte im internationalen Wettbewerb, die Erhöhung von Verbrauchssteuern dämpft die Konjunktur und die Erhöhung von Unternehmenssteuern erhöht den Anreiz, Betriebe ins Ausland zu verlagern (Först 2010).

³⁹ Laut Meyer ist „Die Verantwortung für die eingetretene Entwicklung [...] mit unterschiedlicher Gewichtung breit gestreut – bis hin zu Wirtschaftswissenschaftlern, Abgeordneten [...], Parteimitgliedern und Wählern. Die amtlich veröffentlichten Zeitreihen der Verschuldungsdaten ab 1965 weisen aus, dass alle staatstragenden Parteien in allen Ebenen [...] an der Entwicklung der öffentlichen Verschuldung beteiligt waren“ (Meyer 2010: 2).

Daraus ergibt sich unmittelbar die nicht zu unterschätzende Gefahr der Abkehr von jeglichen demokratischen Prinzipien (Meyer 2010: 20).

3.2. Sozialpolitik und Sozialstaat

Der auf Wachstum/Expansion ausgerichtete Markt bedarf der Menschen sowohl als Arbeitskräftepotenzial als auch als massenhaft nach Konsumgütern Nachfragende. Der nationalstaatlich verfasste Kapitalismus braucht also zu seiner Entwicklung qualifizierte ArbeitnehmerInnen und zugleich KonsumentInnen, die aber der auf kurzfristige Gewinne abzielende Markt nicht erzeugen kann, da die aus der Strategie der Gewinnmaximierung resultierende soziale Ungleichheit zugleich ein destabilisierendes Potenzial an sozialer Unzufriedenheit schafft (vgl. Galuske 2002: 86f.). Insofern bedarf der Kapitalismus, der ein System ist, welches auf Ungleichheit basiert und dem Sozialpolitik im Kern wesensfremd ist, dennoch einer solchen Politik, um die sozialen Härten, die sich aus den ökonomischen Spielregeln ergeben und die sich im Laufe der Zeit aus zinsbedingten Wachstumsgründen verschärfen, abzumildern. Sozialpolitik ist damit für den Kapitalismus überlebensnotwendig. Anders ausgedrückt: Der Sozialstaat schafft durch die „Generalisierung des Anspruchs auf Teilhabe an der Gesellschaft“ (Kaufmann zit. n. Galuske 2002: 79) überhaupt erst die Grundlage dafür, das kapitalistische Projekt als „Gemeinschaftsprojekt“ zu begreifen und zu realisieren, indem er den einzelnen Gesellschaftssubjekten ein Mindestmaß an Sicherheit gegenüber den Lebensrisiken der Lohnarbeitsgesellschaft garantiert und zugleich Muster eines „lebberen“ Lebens etabliert (Galuske 2002: 79).

In normativer Hinsicht ist der Sozialstaat immer auch eine Antwort auf die Frage nach sozialer Integration und Ungleichheit: „Wie viel Ungleichheit und Exklusion verträgt eine Gesellschaft, genauer: welches Maß an sozialen Ungleichheiten will sie als hinnehmbar, also als noch legitim betrachten?“ (Dettling zit. n. Galuske 2002: 79). In modernen Gesellschaften ist daher der Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat⁴⁰ ein zentrales Strukturelement. Bedeutendste institutionelle Erfindungen des Sozialstaates sind die unter Bismarcks Ägide installierte Krankenversicherung (1883), Unfallversicherung (1884) und Alters- und Invalidensicherung (1889), später die

⁴⁰ Die Begriffe „Sozialstaat“ und „Wohlfahrtsstaat“ werden hier synonym verwendet. Auf die Frage, ob und inwiefern zwischen beiden Begriffen differenziert werden sollte, geht z. B. Galuske ein (Galuske 2002: 79ff.).

Arbeitslosenversicherung (1927) und die Pflegeversicherung (1995) (Ritter in: Galuske 2002: 84).

Nach Lessenich ist für die Entstehung und Entwicklung des Sozialstaates das kontingente Zusammenspiel von Funktionen, Institutionen, Ideen, Interessen und Krisen die entscheidende Triebkraft (Lessenich 2008: 38ff.), wobei in der Diskussion um die Rolle der Sozialen Arbeit im Kontext der sozialstaatlichen Regulierung vor allem auf die funktionalistischen Ansätze Bezug genommen wird (Galuske 2002: 91ff.). Diese Ansätze ergeben sich z. B. aus den Erfordernissen kapitalistischer Produktionszusammenhänge und den daraus resultierenden Gefährdungen, Nöten und sozialen Bedürfnissen. Die industrielle Revolution hat den Staat einst gewissermaßen zu sozialpolitischen Eingriffen herausgefordert und damit in den Dienst zur Reproduktion des kapitalistischen Akkumulationszusammenhangs gestellt. Zugleich muss er sich aufgrund seiner demokratischen Legitimiertheit gegebenenfalls über Einzelkapitalinteressen hinwegsetzen. In diesem funktionalen Netz zwischen Akkumulations- und Legitimationsbedarfen ist der kapitalistische Sozialstaat unwiderruflich gefangen (Lessenich 2008: 39ff.).

Nach Kaufmann beruht der Erfolg des sozialstaatlichen Arrangements auf der Komplementarität von Wirtschafts- und Sozialpolitik: Wirtschaftspolitik sorgt für das in der Zinswirtschaft nötige Wachstum und (Voll-)Beschäftigung und ermöglicht damit die Finanzierung öffentlicher Einkommen und Dienstleistungen. Sozialpolitik sorgt „für die Humankapitalbildung und eine weitreichende Akzeptanz produktivitätsorientierter Strukturveränderungen sowie friedliche Arbeitsbeziehungen“ (Kaufmann 1997: 120).

3.3. „Aktivierender“ Sozialstaat

Mit zunehmendem Druck auf die Preise und Löhne und bei steigender Arbeitslosigkeit wird die Finanzierung von Sozialleistungen jedoch immer schwieriger und belastender. So sinken mit fallenden Arbeitseinkommen neben den an diese gebundenen Steuern auch die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungsträger. Die steuerfinanzierten Formen der sozialen Sicherung – Fürsorge und Versorgung – geraten aufgrund der steigenden Kapitaldienstverpflichtungen des Staates in Bedrängnis. Durch die zinsbedingte Geldumverteilung kommt es so in allen „drei Säu-

len der sozialen Sicherung“ zu Einnahmeverlusten – bei gleichbleibenden und tendenziell steigenden Ausgaben⁴¹.

Die Sozialpolitik im Sozialstaat ist damit zunehmend weniger in der Lage, das dem Kapitalismus immanente soziale Krisen- und Konfliktpotenzial zu entschärfen. Sie dient immer stärker den Interessen des Kapitals. Da die Volkswirtschaft und damit das Sozialprodukt (bzw. BIP⁴²) nicht unbegrenzt quantitativ wachsen können, kommt es zu Verteilungskonflikten zwischen Unternehmen, Beschäftigten und Beschäftigungslosen. Der Staat ist in seiner Mittlerrolle herausfordert und sucht einerseits Kosten zu reduzieren und andererseits die Rahmenbedingungen unternehmerischen Handelns zu verbessern. Es gilt, die größtmögliche Dispositionsfreiheit der „Wirtschaftssubjekte“ herzustellen, denn nur dies scheint auf dem Wege der Stabilisierung unternehmerischer Gewinnerwartungen das größtmögliche Wachstum von Wirtschaft – und damit Wohlstand und Beschäftigung⁴³ – zu gewährleisten. Der „flexible Mensch“ ist allenthalben gefordert (Lessenich 2008: 74; Sennett 2000).

Mit dem Wandel zum flexiblen Kapitalismus und dessen Arbeits- und Lebensweisen wurde der „alte“, institutionell mit der Normalisierung der Nachkriegsgesellschaft verbundene, Sozialstaat in seinen Grundfesten erschüttert, da der wohlfahrtsstaatliche Kompromiss nur unter den Bedingungen der „einfachen Moderne“ (gekennzeichnet u. a. durch ein zügiges Wirtschaftswachstum) funktionieren konnte. In der heutigen „reflexiven“ bzw. „zweiten Moderne“⁴⁴, die durch beschleunigten Strukturwandel und eine Entgrenzung von Risiken gekennzeichnet ist (Galuske 2002: 209), wird die Kultur der Aktivität, der Beschleunigung tendenziell aller Lebensvollzüge und des unternehmerischen Selbst „mehr und mehr zu einer allge-

⁴¹ Beispiele: Die Anzahl der Rentner und Pflegebedürftigen gegenüber der renten- und pflegekassenbeitragszahlenden Erwerbsbevölkerung nimmt aufgrund des demografischen Wandels zu (vgl. z. B. Haarhoff 2011); die Ausgaben im Gesundheitssystem erhöhen sich mit steigendem Durchschnittsalter der Bevölkerung und aufgrund des sich verschlechternden Gesundheitszustandes in ungleicher werdenden Gesellschaften (vgl. Punkt 2)

⁴² Heutzutage wird in der Wirtschaftsstatistik eher das BIP als das Sozialprodukt herangezogen (Bundeszentrale für politische Bildung 2011)

⁴³ Dass ständiges Wirtschaftswachstum mitnichten zu einer Erhöhung des Wohlstandes – unabhängig von der jeweilige Definition von „Wohlstand“ – führt, machen z. B. Bennholdt-Thomsen (2010), Paech (2010), Rohleder (2005) und Pickett/Wilkinson (2010) deutlich. Genauso wenig steigt die Beschäftigungsquote langfristig mit zunehmendem Wirtschaftswachstum (vgl. z. B. Creutz 1994: 356ff. und 2009: 27ff.; Jenner 1997: 19ff.; Zinn 2009)

⁴⁴ Merten und Olk beschreiben die „einfache“ Modernisierung als „Befreiung von überkommenen, quasi naturwüchsigen Bindungen und Rigiditäten“ (Merten/Olk 1992: 82). Für Beck ist die „einfache“ Modernisierung die „Rationalisierung der Tradition“ (Beck 1992: 185). „Reflexive“ Modernisierung meint dagegen die „Rationalisierung der Rationalisierung“ (ebd.), also einen „Prozess, in dessen Verlauf sich die Industriegesellschaft zu sich selbst wie zu einer Tradition verhält; die moderne Gesellschaft beginnt damit, die von ihr selbst geschaffenen Grundlagen, Funktionsprinzipien und Regeln [...] zu ersetzen“ (Merten/Olk 1992: 82).

meinen Vorstellung von Leben und Handeln in Gesellschaft“ (Lessenich 2008: 77). Dörre, Lessenich und Rosa sind sich einig in der Überzeugung, dass sich, ausgehend von der basalen Logik „der in sich selbst unabschließbaren Kapitalbewegung“ (Dörre/Lessenich/Rosa 2009: 296), ein ökonomischer, kultureller und politischer Prozess beschreiben lässt, der in seiner sachlichen Dimension als „Landnahme“⁴⁵, in seiner zeitlichen Dimension als „Beschleunigung“⁴⁶ und in seiner sozialen Dimension als „Aktivierung“ bezeichnet werden kann (ebd.: 297).

Die Dynamik des Marktes führt zu sozialen Verwerfungen, die immer weniger in solidarisch-korporatistischen Strukturen (wie dem System der Sozialversicherungen) zu bewältigen sind, sondern als staatliche Intervention in Form eines „Dritten Weges“⁴⁷ durchgesetzt werden. Das heißt, dass die Subjekte selbst kreativ mit den neuen Anforderungen umgehen sollen/müssen. In der Sozialpolitik kommt es zur Forderung nach einer „Aktivierung“ der Individuen⁴⁸. Der „kompensierende Wohlfahrtsstaat soll [...] zum ermöglichenden Sozialinvestitionsstaat“⁴⁹ werden – zur Not mit Druck“ (Giddens nach: Galuske 2002: 210).

Philosophie, Strukturen und Leistungen des Sozialstaates sind also unter Legitimationsdruck gegenüber seinen Financiers (das sind neben den Steuer- und Sozial-

⁴⁵ Mit „Landnahme“ als Sachdimension meint Dörre die systemische Funktionsweise des Kapitalismus als „gierige Einverleibungs- und Ausscheidungsmaschine“, die gezwungen ist, unablässig neue Märkte zu erschließen, die sie später als entwertete „verbrannte“ Erde hinterlässt (Dörre/Lessenich/Rosa 2009: 296).

⁴⁶ Zu „Beschleunigung des sozialen Wandels und die Zunahme der Kontingenzen“ vgl. auch Rosa 2005: 176ff.

⁴⁷ Ursprünglich wurde die Sozialdemokratie als „Dritter Weg“ zwischen dem US-amerikanischen Marktliberalismus einerseits und dem real existierenden Sozialismus sowjetischer Prägung andererseits angesehen. Die Renaissance des „Dritten Weges“ (Stärkung der Eigenverantwortlichkeit, Mobilisierung der Zivilgesellschaft, Chancengleichheit) in den 1990-er Jahren wurde von den amerikanischen Demokraten und der britischen Labour-Party auf den Weg gebracht und u. a. von Gerhard Schröder aufgenommen (Galuske 2002: 208f.).

⁴⁸ Dabei sind unter den Druck der Aktivierung nicht nur Erwerbstätige, sondern auch nicht erwerbstätige Frauen, noch nicht erwerbstätige Kinder und Jugendliche sowie nicht mehr erwerbstätige RentnerInnen geraten. Sie alle sind aufgefordert, aktiv zu werden und ihre je spezifischen Ressourcen zu nutzen, um der Allgemeinheit keine unnötigen Risiken aufzuerlegen. Die aktivierende Sozialpolitik konstruiert so jede und jeden „als ein mobilisierbares Subjekt, das einer abstrakten gesellschaftlichen Allgemeinheit ein aktivisches [...], präventives, Eigeninitiative zeigendes und die Inanspruchnahme von Fremdhilfe vermeidendes Verhalten schuldet“ (Lessenich 2008: 120). So gilt ein geschlechteregalitärer Zugang zum Arbeitsmarkt als eine ökonomische Notwendigkeit und nicht vorrangig als eine Frage von sozialer Gerechtigkeit (vgl. Esping-Andersen in: Lessenich 2008: 97ff.). Kinder und Jugendliche sollen als AdressatInnen von „Sozialinvestitionen“ zukünftig in die Lage versetzt werden, ihr Humankapital in gesellschaftlich produktiver Weise einzusetzen (Lessenich 2008: 97ff.). Und die Alten haben schließlich im Interesse der Gesamtgesellschaft aktiv für sich selbst zu sorgen („active ageing“) und vorzusorgen (ebd.: 108ff.).

⁴⁹ 1999 bringt die Grundwertekommission im Parteivorstand der SPD die Eckpfeiler des neuen sozialstaatlichen Arrangements auf folgende Formel: „Der Staat schafft die Rahmenbedingungen, deren faire Chancen dann die Bürger in individueller Verantwortung wahrnehmen sollen. Danach gilt für die Verteilung das (meritokratische) Prinzip des Marktes.“ (SPD in: Galuske 2002: 210)

versicherungsbeitragszahlerInnen zunehmend die GläubigerInnen – s. 3.1.) geraten, was zu Reformen des Systems sozialer Sicherung in all seinen Gliedern⁵⁰ geführt hat. Gemeinsamer Trend all dieser Reformen besteht in einer verstärkten Marktorientierung. (Galuske 2002: 179ff.). Diese Kommodifizierung/Vermarktlichung des Sozialstaates ist gekennzeichnet durch den Abbau sozialstaatlicher Sicherungselemente, durch erhöhte finanzielle Eigenbeteiligung der privaten Haushalte, durch verstärkten Einbau von Wettbewerbselementen bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen und durch eine neue Verpflichtungslogik – „aktivierender Sozialstaat“ oder „workfare“⁵¹ genannt – die den Druck auf die Menschen erhöht, sich zu (fast) jedem Preis über den Arbeitsmarkt zu reproduzieren (ebd.: 293ff.). Die Kommodifizierung sozialstaatlicher Steuer- und Sicherungssysteme verstärkt neben der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes die soziale Ungleichheit, Armut und Desintegrationsrisiken weiter (ebd.: 179).

Die aus der Logik des Zinses im Laufe der Zeit (s. 1.) resultierende Verknappung der finanziellen Ressourcen – im öffentlichen Diskurs als „Sachzwang“ bezeichnet – ergibt sich „weder aus einer Krise der Arbeitsproduktivität, noch aus einer Krise der Reichtumsproduktion“, [...] „sondern einzig aus einer Krise der Reichtumsverteilung“ (Galuske 2002: 222). Das bedeutet, dass die „soziale Frage“ zur Neuverhandlung ansteht (ebd.).

Lessenich kommt zu dem Schluss, dass „der gewandelte Sozialstaat des flexibel-postdemokratischen Zeitalters – wie sein „keynesianisch-versorgungsstaatlicher Vorgänger – ein hochgradig paradoxes institutionelles Regime der Regierung des Sozialen ist“ (Lessenich 2008: 137). Und da sich Paradoxa nicht auflösen lassen, „prozessieren sie als Probleme“ (Bröckling zit. n. Lessenich 2008: 137), genauer: als Strukturprobleme des demokratisch-kapitalistischen Sozialstaats und seiner Subjekte (Lessenich 2008: 137).

Aus den Erwartungen, Herausforderungen und auch Zwängen des „aktivierenden“ Sozialstaates ergeben sich für die praktische Soziale Arbeit einschneidende Ver-

⁵⁰ Damit sind insbesondere Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie Steuer- und Arbeitsförderungsrecht gemeint (Galuske 2002: 179).

⁵¹ Der Begriff „workfare“ ist in Anlehnung an „welfare“ entstanden und bezeichnet ein arbeitsmarktpolitisches Konzept, welches staatliche Transferleistungen mit einer Verpflichtung zur Arbeitsaufnahme verknüpft. Workfare sind Aktivierungsmaßnahmen, die v. a. darauf abzielen, die Arbeitssuche und -aufnahme u. a. durch Androhung von Sanktionen zu erhöhen (Seithe 2010: 173).

änderungen. Sie entwickelt sich zu einer „neuen, neosozialen Variante Sozialer Arbeit“ (Seithe 2010: 163), in der professionelles Handeln gemäß ihrem bisherigen – im Laufe von über hundert Jahren entwickelten und theoretisch fundierten (vgl. Staub-Bernasconi 1995) – Selbstverständnis ist immer weniger möglich ist. Nach Seithe ändert sich nichts weniger als „die gesamte ethische, konzeptionelle und ideologische Grundlage Sozialer Arbeit“, und zwar dahingehend, dass die Profession aus „hilfetheoretischer Sicht“ sich quasi „in einer Zeit vor der Aufklärung“ befindet, da sich die Abhängigkeit der Individuen, die vorher zum Sozialstaat bestand, nun auf eine „informelle Helferstruktur“ verschiebt, deren Hilfe⁵² aber nicht auf einem einklagbaren Rechtsanspruch fußt, sondern willkürlich und zufällig ist (Seithe 2010: 191).

4. Auswirkungen der ökonomischen Veränderungen auf die Soziale Arbeit

4.1. *Das „Doppelte Mandat“*

Die Soziale Arbeit wird auf der Grundlage sozialstaatlich verfasster Prinzipien vor allem von öffentlichen und halböffentlichen (freien Trägern) Institutionen getragen. Dabei befindet sich die SozialarbeiterIn in einem als „doppeltes Mandat“ bezeichneten grundlegenden Spannungsverhältnis, woraus sich permanent Handlungskonflikte ergeben, die als „Berufsschicksal“ und „zentraler Rollenkonflikt“ bezeichnet werden (Böhnisch/Lösch 1975: 27ff.). Die SozialarbeiterIn bewegt sich innerhalb eines institutionell-organisatorisch vorgegebenen Handlungsrahmens und ist damit der Kontrolle durch die Institution/Organisation/Bürokratie ausgesetzt. Zugleich hat sie als SpezialistIn ihrem professionellen Auftrag gemäß darauf hin zu arbeiten, dass die Unterprivilegierten und Ausgegrenzten in die Gesellschaft integriert/inkludiert werden und dass ihre Klientel bio-psycho-sozial ein möglichst gesundes Leben führen kann. Die SozialarbeiterIn ist somit in ihrer spezifischen sozialen Dienstleistungsfunktion angehalten, ein stets gefährdetes Gleichgewicht zwischen den Rechtsansprüchen, Bedürfnissen und Emanzipationsinteressen der KlientInnen einerseits und den jeweils verfolgten sozialen Kontrollinteressen seitens öffentlicher Steuerungsagenturen andererseits aufrecht zu erhalten. Dieser objekti-

⁵² Beispiele für hierfür sind Suppenküchen, Tafeln, Kleiderkammern, Wohltätigkeitsveranstaltungen. Böhnisch spricht von einer „Funktionalisierung ehrlicher, zwischenmenschlicher Hilfebereitschaft“ (Böhnisch zit. n. Seithe 2010: 192).

ve Widerspruch zwischen „Hilfe“ und „Kontrolle“ wird in die Person der SozialarbeiterIn *hinein* verlagert, das heißt sie arbeitet immer in einer dichotomen Rollenorganisation. Professionell arbeitet sie, wenn sie die sozialarbeiterischen Methoden souverän in der Praxis anwendet und *zugleich* ihren institutionellen Handlungsrahmen sowie die politisch-sozialen Verursachungsbedingungen ihrer KlientInnen-schicksale kritisch reflektiert (ebd.: 37f.). Wie die SozialarbeiterIn dies genau bewerkstelligen soll, lässt die Formel vom „Doppelten Mandat“ allerdings offen (Staub-Bernasconi 1995: 61). Es wird offenbar inzwischen als eine Frage von sozialarbeiterischer/sozialpädagogischer Professionalität⁵³ betrachtet, inwieweit es gelingt, in diesem besonderen Mischungs- bzw. Spannungsverhältnis aus politisch, ökonomisch und wohlfahrtsstaatlich bedingter Abhängigkeit der Sozialen Arbeit einerseits und der relativ großen Autonomie – es werden z. B. kaum inhaltliche Vorgaben gemacht – im Umgang mit der Klientel andererseits so zu agieren, dass man von einem „Erfolg“⁵⁴ sprechen kann (Heiner 2004: 24).

4.2. Subjektorientierte und systemische Flexibilisierung

Die zunehmende Ungleichheit der Gesellschaft führt dazu, dass typische sozialarbeiterisch relevante Problemfelder zunehmen, wobei nicht nur der quantitative Bedarf, sondern auch die Qualitätsanforderungen an die Soziale Arbeit steigen. Z. B. erfordert eine höhere SchulabbrecherInnenquote mehr Schulsozialarbeit, Teenagerschwangerschaften bedürfen verstärkter Schwangerschaftskonfliktberatung, mehr psychisch kranke Menschen brauchen mehr psychosoziale Beratung, steigender Drogenkonsum verlangt nach mehr Drogenberatung, längere und häufigere Haftzeiten erfordern mehr Sozialarbeit in den Justizvollzugsanstalten, die Zunahme jeglicher Krankheiten erfordert mehr klinische Sozialarbeit usw. usw.. Dabei hat sich die SozialarbeiterIn in ihren Denk- und Handlungsmustern angesichts der fortschreitenden Individualisierung und Pluralisierung von Lebenslagen flexibel einzulassen auf die je spezifischen biografischen Eigensinnigkeiten und lebensweltlichen Eingebundenheiten ihrer AdressatInnen. Galuske bezeichnet dies als Forde-

⁵³ Hierbei wird von „alternativer Professionalität“ gesprochen; um eine genaue Definition dieser „alternativen Professionalität“ bemühen sich Vertreter der Disziplin „Soziale Arbeit“ seit längerem (Heiner 2004: 24).

⁵⁴ „Erfolg“ bzw. Wirksamkeit Sozialer Arbeit ist derzeit Gegenstand zahlreicher Forschungen. Das wurde z. B. auf dem Kongress der Fachgruppe Forschung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit im Januar 2010 zum Thema „Professionell ist, was wirkt?“ in Koblenz deutlich (DGSA, 2010). Interessant dazu ist auch eine US-amerikanische Längsschnittstudie über einen Zeitraum von mehr als 40 Jahren, in der versucht wird, den Wert frühkindlicher Bildung zu berechnen (Salewski 2009).

nung nach „subjektorientierter Flexibilisierung“ (vgl. Galuske 2002: 298ff.). Nach Böhnisch und Lösch heißt professionelles Handeln in der Sozialen Arbeit „weder die distanzierte, generalisierende ‘Fallabwicklung’ des ‘Sachverständigen’, noch die individualistische, sozialisierende ‘Einzelfallhilfe’, sondern die Rückbeziehung der in konkreten Sozialschicksalen erfahrenen allgemeinen Widersprüche und Konfliktsyndrome auf die institutionellen Handlungsbedingungen der Sozialarbeit und deren möglicher praktischer Veränderung“ (Böhnisch/Lösch 1975: 25), wobei die Widersprüche sich verschärfen und die Konfliktsyndrome zunehmen, je höher die gesellschaftliche Ungleichheit ist (vgl. 3.1.).

Die Merkmale des Sozialstaats im Übergang zur flexiblen Arbeitsgesellschaft (Kommodifizierung/Vermarktlichung), die ihren Ausdruck in Deregulierung, Privatisierung und Ökonomisierung findet, bestimmen auch die Koordinaten der Modernisierungsstrategien der Sozialen Arbeit und ergeben die Forderung nach „systemischer Flexibilisierung“ von Seiten des Systems an die Soziale Arbeit (Galuske 2002: 315ff.). Hintergrund dieser Entwicklungsrichtung sind die Finanzierungsprobleme aufgrund der Umverteilung im Gefolge des Konstruktionsfehlers im Geldsystem (s. 1.) in Kombination mit sozialpolitischen Entscheidungen⁵⁵, die diese Spreizung der Reichtumsverteilung noch beschleunigen.

Die ökonomisch randständige⁵⁶ Soziale Arbeit muss also sowohl auf das KlientInnenmandat als auch auf das Mandat seitens des gesellschaftlichen Systems allzeit flexibel reagieren, wobei die entscheidende Herausforderung darin besteht, mit immer weniger Geld⁵⁷ kreativ und zugleich wirksam die immer umfangreichere und qualitativ anspruchsvollere Arbeit zu leisten. Der sich daraus ergebende intrapersonale Rollenkonflikt führt zu Veränderungsdruck und erfordert Bewälti-

⁵⁵ Hier sind insbesondere die Hartz-Gesetze zu nennen (vgl. Bundesregierung 2003).

⁵⁶ Soziale Arbeit gilt als „nicht systemrelevant“ und hat eine schwache Lobby (vgl. Böhnisch/Lösch: 37f.).

⁵⁷ Beispielsweise kürzt der Freistaat Sachsen die Förderung der Jugendarbeit um etwa ein Drittel, in dem die Jugendpauschale, eine Pro-Kopf-Überweisung, von 14,30 Euro (2010) auf 10,40 Euro (2011) gesenkt wird (Sächsische Zeitung vom 09.02.2010). Die Stadt Chemnitz hat den freien Trägern der Wohlfahrtspflege im März 2010 mitgeteilt, dass das Haushaltsdefizit der Stadt in den nächsten Jahren 50 Mill. Euro beträgt, was zu Kürzungen in der Förderung der Wohlfahrtspflege führen wird (Stadt Chemnitz 2010). Eine Umfrage, die das Corax Magazin für Kinder- und Jugendarbeit unter 57 Einrichtungen und Projekten der Jugendhilfe in Sachsen zum Thema „Kürzungen“ durchführte, ergab, dass sich die Organisationen zu drastischen Maßnahmen gezwungen sehen: z. B. Streichung von Angeboten und Projekten (52,6%), Einschränkungen der Arbeitszeiten für MitarbeiterInnen (45,6%), Erhöhung von Teilnahmebeiträgen (38,6%) und Einschränkung der Öffnungszeiten (29,8%) (Kliese/Sieble/Szymenderski 2010).

gungsstrategien, die nach Seithe von „Entrüstung, resignativer Anpassung⁵⁸ bis hin zu begeisterter Zustimmung“ (Seithe 2010: 234) reichen, aber letztlich verhalten sich „fast alle duldend und damit affirmativ gegenüber den neosozialen Veränderungen“ (ebd.).

4.3. Die Ökonomisierung Sozialer Arbeit

Die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit ist insofern von Bedeutung, als dass sie nicht etwa neben den eigentlichen fachlichen Themen der Profession existiert, sondern diese vielmehr durch ihre Logik tendenziell in Beschlag nimmt und zur Neukalibrierung ihrer fachlichen Standards und Konzepte zwingt (Seithe 2010: 77). So ergaben sich zwar positive Effekte dahingehend, dass sich durch die Ökonomisierung die Profession ihrer Strukturen bewusster geworden ist und ihre Leistungen nach außen deutlicher kenntlich machen kann (ebd.: 81), aber ob und inwieweit diese „unzweifelhaft vorhandenen Potenziale von Qualitätsentwicklungsprozessen zum Tragen kommen können, ist abhängig von den Intentionen, mit denen entsprechende Reformvorhaben angegangen werden“ (Galuske 2002: 324) bzw. „in welchem Verwendungskontext sie realisiert werden“ (ebd.). Entscheidend ist, ob es dabei um die „Optimierung der fachlichen Effektivität“ oder um die „Effizienz⁵⁹ der ökonomischen Rationalität von Kosten und Nutzen geht“ (Rauschenbach in: Seithe 2010: 81). Und – so ergeben Galuskes Analysen – die gegenwärtige Managementdebatte wird maßgeblich bestimmt von „den Folgeeffekten der Finanzkrise des Sozialstaates im Allgemeinen und personenbezogenen sozialen Dienstleistungen im Besonderen“ (Galuske 2002: 325). Er sieht daher die Managementkonzepte in der Sozialen Arbeit immer im Spannungsfeld zwischen fachli-

⁵⁸ Eine im Oktober 2010 durchgeführte Befragung der MitarbeiterInnen zweier Bereiche eines psychosozialen Hilfvereins in Sachsen, die Kürzungen i. H. v. mindestens 25% ab 2011 hinnehmen müssen, ergab, dass zwar teilweise (in einem der Bereiche) noch Sparpotenzial gesehen wird, gleichzeitig ist den MitarbeiterInnen jedoch bewusst, dass sie damit von ihren professionellen Standards abrücken („*Wir bestellen die Fachzeitschriften ab [...] Das ist zwar schlecht als Profesionelle, aber...*“). Der andere Bereich gerät ab 2011 dergestalt in Finanznot, dass an ein professionelles Arbeiten nicht mehr zu denken ist („*Die werden in der Luft hängen, die Klienten.*“). Die Einschätzung der Geschäftsführung lautet: „*Irgendwie muss man es aushalten, [...] man muss ja weiter arbeiten.*“ Ihre Überlegungen auf der fachlichen Ebene kreisen um die Frage: „Wie können wir unsere Angebote sinnvoll einschränken, dass trotzdem noch für die Klienten am meisten dabei herauskommt?“ (Sinapius 2010).

⁵⁹ Effektivität bezeichnet das Verhältnis von erreichtem Ziel zu definiertem Ziel. Das Kriterium für das Vorhandensein von Effektivität ist das Ausmaß, in dem beabsichtigte Wirkungen erreicht werden. Effizienz hingegen bedeutet die Erreichung eines Zieles mit möglichst geringem Aufwand bzw. mit den gegebenen knappen Mitteln; Effizienz als allgemeine Grundorientierung/herrschendes Prinzip der Ökonomie bedeutet auch, dass Kostendämpfung und Mitteleinsparung immer unmittelbare Ziele eines Modernisierungs-/Ökonomisierungsprozesses sind (Seithe 2010: 97).

cher Qualitätsoptimierung und Professionalisierung einerseits und ökonomischer Rationalisierung und Kosteneinsparung andererseits, wobei „das Pendel im Zweifelsfall zugunsten der ökonomischen Rationalität ausschlägt“ (ebd.).

Um Kosten zu dämpfen, wurden z. B. folgende Wettbewerbs- und Managementkonzepte in den Sozialbereich eingeführt:

- *Privatisierung*: Unternehmen, die in Konkurrenz zueinander stehen, wird eine effizientere Lösung der Probleme zugetraut (Seithe 2010: 84ff.);
- *marktwirtschaftliche Beziehungen zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern*: Ehemals korporatistische Beziehungen zwischen öffentlichen und freien Trägern werden umgewandelt in eine Beziehungsstruktur, die einer betriebswirtschaftlich orientierten Vertragsfinanzierung entspricht (ebd.: 86f.);
- *neues Finanzierungskonzept*: Das frühere Selbstkostenprinzip wurde abgelöst durch „prospektive Kostenvereinbarung“, „Budget-Haushalt“, „dezentrale Ressourcenverantwortung“, „wirkungsorientierte Finanzierung“ sowie „Sponsoring und Fundraising“ (ebd.: 89ff.).

Diese Maßnahmen haben allesamt zum Ziel, Kosten/Geld zu sparen und zwingen damit die SozialarbeiterIn zu einem effektiven und zugleich möglichst effizienten Handeln, was selten kompatibel mit ihrem professionellen Selbstverständnis ist.

In der sozialarbeiterischen Praxis haben Effizienzdominanz und Kostendämpfung zur Folge, dass die Arbeitsressourcen (Zeit, Personal, Material, Kosten für Wege und Reflexion) knapper werden und damit die Handlungsfähigkeit und Wirksamkeit Sozialer Arbeit in Frage stellen. Dadurch wird deren Qualität grundsätzlich gefährdet und die fachlichen Standards der Sozialen Arbeit verlieren an Bedeutung (Seithe 2010: 112ff.; Galuske 2002: 328). Insbesondere die öffentliche Soziale Arbeit wird zur Erfüllungsgehilfin der Ökonomisierung (Seithe 2010: 129ff.).

Soziale Arbeit wird also zunehmend durchdrungen von einer effizienzorientierten Marktlogik und damit von einer betriebswirtschaftlich orientierten Denkweise.

Der Einfluss der betriebswirtschaftlichen Logik auf die Binnenstruktur der Sozialen Arbeit gewinnt ständig an Bedeutung (Galuske 2002: 321) und bringt im Zuge der neuen sozial- und finanzpolitischen Strategie, Soziale Arbeit wie ein wirtschaftliches Produktionsunternehmen sozialer Dienstleistungen zu verstehen und zu behandeln, ein „New Social Management“ mit den drei Instrumenten „Finanzmanagement“ (s. o.: „*neues Finanzierungskonzept*“), „Personalmanagement“ (z. B. leis-

tungsbezogene Entlohnung, höhere Flexibilität am Arbeitsplatz) und „Qualitätsmanagement“ (z. B. Zielvereinbarungen, Leistungsbeschreibungen, Controlling,) mit sich (Seithe 2010: 134ff.). Soziale Arbeit und Betriebswirtschaft folgen jedoch unterschiedlichen Logiken und sind nur eingeschränkt kompatibel, so dass „die Verlagerung in Richtung systemischer Marktimperative zu einer Neukalibrierung der Handlung leitenden Koordinaten“ (Galuske 2002: 329) führt. So sucht die Ökonomie das Verhalten von Menschen durch Geld und Macht zu steuern, während die Soziale Arbeit im Kern kommunikativ strukturiert ist (Seithe 2010: 134). Und wenn dieses zentrale Merkmal/zentraler Qualitätsparameter sozialpädagogischer Prozesse in den Hintergrund gerät, weil betriebswirtschaftliche Konzepte und deren Terminologie unreflektiert auf Handlungsfelder der Sozialen Arbeit übertragen werden, dann führt diese fremde Sprache zu einer Veränderung und Entfremdung der Sozialen Arbeit selber (ebd.: 135). Anders ausgedrückt: Der Markt treibt „der Sozialen Arbeit ihre Seele aus“ (ebd.: 146).

Im Zusammenhang mit der Ökonomisierung gewinnt die Messbarkeit/Quantifizierung der Wirkungen Sozialer Arbeit (Ergebnisqualität) an Bedeutung. Jedoch ist der Nachweis ihrer Wirksamkeit schwer zu erbringen, denn die Ergebnismessung bringt eine Fülle von methodischen, messtheoretischen und grundsätzlichen Problemen mit sich und lässt aufgrund ihrer Gebundenheit an den jeweils untersuchten Kontext kaum verallgemeinerbare Schlüsse zu (Seithe 2010: 147ff.). Gelingende „Ergebnisproduktion“ in der Sozialen Arbeit ist immer nur in Koproduktion mit ihren AdressatInnen denkbar. Das heißt, die Leistungserstellung muss individuell und flexibel – eben lebensweltorientiert – erfolgen und hat prozesshaften Charakter. Ihre Beurteilung ist ausschließlich einzelfallbezogen möglich und kann nur im Rahmen hochkomplexer wissenschaftlicher Arrangements überprüft werden. Merchel erscheint es daher wenig sinnvoll, sich bei dieser Komplexität überhaupt auf die Ebene der Ergebnisqualität⁶⁰ einzulassen (Merkel in: Seithe 2010: 148). Dennoch hält auch er eine Überprüfung der Ergebnisse Sozialer Arbeit angesichts der ökonomischen „Sachzwänge“ für unverzichtbar (ebd.).

⁶⁰ Es sei darauf verwiesen, dass es dennoch sinnvoll ist, die praktische Soziale Arbeit zu evaluieren, denn Evaluation ist sowohl „ein sozialwissenschaftliches Instrument der Erfolgskontrolle (sozial-)politischer Programme wie auch ein Instrument zur Weiterentwicklung der Fachlichkeit und Professionalität in der Sozialen Arbeit“ (Ziegler in: Seithe 2010: 149). Dabei sind Qualität und Effektivität Sozialer Arbeit immer und nur durch VertreterInnen der Profession selber zu bestimmen, denn wenn „die Soziale Arbeit nicht [selbst] die Frage nach ihrer Wirksamkeit stellt, so wird sie auch die Antworten von anderer Seite erhalten“ (Schneider in: Seithe 2010: 149).

Da aufgrund der Sparstrategien prekäre Beschäftigungsverhältnisse aller Art (s. 2.1.) auch im Bereich der Sozialtätigen zunehmen, befindet sich die Soziale Arbeit inzwischen in einer Situation, in der sie ihre Wirksamkeit unter Bedingungen unter Beweis stellen muss, unter denen sie kaum noch professionell arbeiten und Wirksamkeit entfalten kann. Auf diese Weise liefert sie gewissermaßen „den Beweis ihrer scheinbaren Wirkungslosigkeit und Überflüssigkeit“ (Seithe 2010: 148). Mit „Wirkung“ im Rahmen des Sozialmanagements ist – ganz in der Logik des Marktes im Kapitalismus, der auf kurzfristige Gewinne abzielt – „vor allem der unmittelbare, sichtbare Output, das, was als Ergebnis kurzfristig festgemacht werden kann“ (ebd.: 150) gemeint. Wenn sich das fachliche Handeln der Sozialtätigen an dieser Logik orientiert, so kommt das einem Verlust an Professionalität und damit einem Bedeutungs- und Legitimationsverlust der Sozialwissenschaften insgesamt gleich (Ziegler in: Seithe 2010: 152).

Darüber hinaus wird mit der Durchsetzung einer aktivierenden Sozialpolitik die Aufgabenstellung Sozialer Arbeit in einen Kontext gestellt, in dem sie „nicht länger als generelle Unterstützung der Lebensbewältigung [...], sondern als Verlängerung des sozialstaatlichen Zieles der Investition in diejenigen, die einen produktiven Beitrag zum Gemeinwohl beizutragen haben“ (Dahme zit. n. Seithe 2010: 171) zu verstehen ist. Das heißt, dass die „Überflüssigen“⁶¹ von der Sozialen Arbeit zurückgewiesen und ausgeschlossen werden und somit ihr einstiges Wesensmerkmal der Allzuständigkeit nicht länger gilt. Damit trägt die Soziale Arbeit im Rahmen des aktivierenden Konzeptes selbst zu Diskriminierung, Selektion und Exklusion von Menschen bei. Sie leistet also, entgegen ihrem professionellem Selbstverständnis und entgegen ihres handlungsleitenden Codes als „Menschenrechtsprofession“⁶², einen

⁶¹ Den „Überflüssigen“, denen keine „erfolgreiche“ Anpassung mittels Aktivierung und Flexibilisierung gelingt, bleibt zur Bewältigung ihrer Situation nur Resignation/Krankheit oder Anomie (Delinquenz, Schattenwirtschaft) mit der Folge, dass Psychiatrie und Strafvollzug sich ihrer annehmen müssen (Seithe 2010: 194) – mit entsprechenden Folgekosten für die Gesamtgesellschaft.

⁶² Seit Ende des 20. Jahrhunderts hat die Auseinandersetzung mit Menschenrechtsfragen (und der gerechtigkeitstheoretischen Vergewisserung Sozialer Arbeit) in der Sozialen Arbeit deutlich zugenommen (Seithe 2010: 190). So fordern z. B. der IFSW und die IASSW, die Soziale Arbeit als „Menschenrechtsprofession“ zu definieren (ebd.). Für Staub-Bernasconi stellen die Menschenrechte heute den zweiten weltumspannenden Diskurs mit Universalitätsanspruch dar – der allerdings mit weniger Macht ausgestattet ist als der erste, der neoliberale Diskurs. Die Rückversicherung der Sozialen Arbeit auf die Menschenrechte als für sie handlungsleitenden Code bedeutet, „dass Soziale Arbeit heutzutage ihre Arbeit nicht nur unter den nationalen sozialstaatlichen Rahmen- und Gesetzesbedingungen, sondern unter den transnationalen menschenrechtlichen Rahmenbedingungen der UNO-Charta [...] zu erfüllen hat (Staub-Bernasconi zit. n. Seithe 2010: 190). Aus der UNO-Definition der Menschenrechte ergibt sich, dass ein weltweiter Bewusstseinsbildungsprozess über soziale Probleme in Gang gesetzt werden muss und dass

Beitrag zur weiteren Verstärkung der vorhandenen sozialen Ungleichheit anstatt zur Entschärfung der sozialen Frage beizutragen (Seithe 2010: 185ff.). Betrachtet man die internationale Definition der Disziplin und Profession Sozialer Arbeit (vgl. Staub-Bernasconi 1995), können neoklassische Ökonomie und Markt- bzw. Fallsteuerung keinesfalls „die zentralen theoretischen Bezugspunkte Sozialer Arbeit sein, es sei denn, sie beabsichtige, ihre Entprofessionalisierung oder gar Selbstabschaffung und Ersetzung durch standardisierte Verfahren und unausgebildete Arbeitskräfte selber einzuleiten“ (Staub-Bernasconi zit. n. Seithe 2010: 233).

5. Zusammenfassung

Der konstruktionsbedingte – legale und zugleich verfassungswidrige – Vorteil des Geldes, der neben seiner Überlegenheit gegenüber allen anderen Gütern und Leistungen vor allem aus der Zinslogik resultiert, führt – allein in Abhängigkeit vom Faktor Zeit – exponentiell über Guthaben zum Verschuldungszwang hin zu einer – ebenso exponentiellen – Zunahme der Ungleichverteilung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums. Diese Dynamik führt zu einem beschleunigten Strukturwandel und, damit verbunden, zu einer extremen Instabilität des gesellschaftlichen Gesamtsystems. Im Gefolge des global nach Anlage suchenden Kapitals wandeln sich die Arbeitsbedingungen immer schneller und die Menschen haben als Wirtschaftssubjekte immer flexibler (räumlich, sozial und einkommensmäßig) darauf zu reagieren, sofern sie nicht auf jenen Lebenssinn, der sich aus ihrer Verortung auf dem Arbeitsmarkt ergibt, verzichten wollen.

Der (Sozial-)Staat befindet sich in einem besonderen Dilemma: Einerseits ist er dem Gedankengut der Aufklärung verpflichtet, aus welchem die Ansprüche der

„dabei die Sozialarbeitsprofession einen eigenbestimmten, selbstdefinierten Auftrag – zusammen mit vielen anderen Gruppierungen, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen und Bewegungen – zu übernehmen hat“ (Staub-Bernasconi 1995: 68). Dabei ist u. a. auf die Bedürfnisse der Menschen nach Sinn (im Verhältnis zu anderen, sich selbst, zur Natur), nach sozialer Zugehörigkeit und Anerkennung, nach Kontrolle der eigenen Lebensumstände, nach Umsetzung von individuellen und kollektivierte Zielvorstellungen und nicht zuletzt auf das Bedürfnis nach Austauschgerechtigkeit einzugehen. Professionelle SozialarbeiterInnen haben sich demnach „dem Dienst am Wohlergehen und der Selbstverwirklichung von Menschen; der Entwicklung und [...] der Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit“ (IFSW zit. n. Staub-Bernasconi 1995: 87) zu widmen. Das bedeutet, dass z. B. im Konfliktfall die Loyalität gegenüber der Klientel höher zu stehen habe als zu den jeweiligen Trägern Sozialer Arbeit mit ihren partikulären, vorwiegend fiskalischen (Spar-)zielen und dass Soziale Arbeit ganz bewusst als „Gegeninstanz zum gegenwärtigen neoliberalen Umbau unserer Gesellschaften zu verstehen“ ist (Staub-Bernasconi zit. n. Seithe 2010: 190).

StaatsbürgerInnen auf Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit resultieren. Diese Rechtsansprüche sind in Art. 1-3 GG fixiert und der Staat hat in diesem Sinne seinem Souverän zu dienen und sich ihm gegenüber zu legitimieren. Andererseits ist der Staat als am Geldkreislauf beteiligter Akteur scheinbar schicksalhaft gezwungen, den Teufelskreis der Verschuldung immer weiter in Gang zu halten, um das gegenwärtige System so lange wie möglich zu stabilisieren. In der Folge macht er sich zunehmend von seinen GläubigerInnen abhängig und büßt seine Steuerungs-fähigkeit und damit seine Legitimiertheit gegenüber seinem Souverän ein. Da ein immer größerer Teil der Staatseinnahmen für Zins- (und Tilgungs-)zahlungen aufgewendet werden muss, kommt es zu Geldmangel in allen anderen Bereichen, so dass auch die Finanzierung der sich aus den Rechtsansprüchen der Menschen ergebenden sozialstaatlichen Aufgaben nicht mehr gewährleistet werden kann. Folgen davon wiederum sind, dass sozialstaatliche Steuer- und Sicherungssysteme immer weiter kommodifiziert/vermarktet werden und die Individuen bei der Bewältigung der allgemeinen Lebensrisiken quasi in die Zeiten vor der Aufklärung zurückgeworfen sind.

Für die Soziale Arbeit ergibt sich daraus einerseits, dass sie aufgrund der mit zunehmender sozialer Ungleichheit steigenden Fallzahlen und komplizierteren und schwerwiegenden Problematiken in nahezu allen Arbeitsfeldern in ihrer Professionalität mehr denn je herausgefordert ist. Andererseits stehen ihr für die Bewältigung ihrer wachsenden Aufgaben immer weniger finanzielle Mittel zur Verfügung. Sie kann also ihre „doppelte Aufgabe“, sowohl zur Autonomie und zur Selbstverwirklichung ihrer Klientel beizutragen als auch den sozialen Kontrollinteressen zu dienen, die seitens der öffentlichen Steuerungsagenturen verfolgt werden, nicht mehr erfüllen. Der Sparzwang führt zu Sparstrategien dergestalt, dass sich die Soziale Arbeit immer mehr einer effizienzorientierten Marktlogik unterordnet und eine betriebswirtschaftlich orientierte Denkweise übernimmt. Des Weiteren folgt sie der neoliberalen Aktivierungsdoktrin und trägt so zur weiteren Verschärfung der sozialen Ungleichheit in der Gesellschaft bei anstatt auf einen Ausgleich hin zu wirken. Die Folgen von Ökonomisierung und Aktivierungspolitik, bzw. der Umwandlung von Sozialer Arbeit in Sozialwirtschaft, sind jedoch für die Soziale Arbeit äußerst problematisch, denn sie führen zu einem Abrücken von ihren selbstdefinierten Professionalitätsstandards und damit zu einem Legitimationsverlust. Die Soziale Arbeit wird ihrer sozialwissenschaftlichen Kompetenzen und Orientierungen be-

raubt und hat es schwer, zu erkennen, dass das neosoziale Projekt kein Naturgesetz, sondern eine Folge politischer Entscheidungen ist, die ihrerseits aus (zins-) wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen resultieren. Anders ausgedrückt: Die Profession hat „die durch das neoliberale Unternehmen induzierten erheblichen politisch-ökonomischen und ideologischen Veränderungen weder begriffen, noch wirkungsvoll darauf reagiert“ (Reisch zit. n. Seithe 2010: 245).

6. Forderungen und Ausblick

Nach Seithe ergeben sich folgende professionspolitische Forderungen an den Staat, seine Parteien und politischen Gremien sowie an die Öffentlichkeit nach einem Fortbestehen und einer Weiterentwicklung der Profession Soziale Arbeit: Soziale Arbeit soll von Gesellschaft und Politik als eine wissenschaftlich geleitete und fachlich autonome Kraft anerkannt und zweitens als gesellschaftlicher Bereich akzeptiert werden, welcher nicht dem Marktparadigma unterstellt werden darf. Drittens ist von Gesellschaft und Politik anzuerkennen und zu akzeptieren, dass die Soziale Arbeit den Menschenrechten verpflichtet ist und es hat viertens eine Instanz eingerichtet zu werden, die über die daraus resultierenden fachlichen und ethischen Kodizes wacht (Seithe 2010: 245ff.).

Nach Galuske bedarf es gründlicher Reflexionen der Komplexität, Schnelllebigkeit und Ambivalenzen der zweiten Moderne, um zu einer gesellschaftstheoretischen Fundierung einer Theorie Sozialer Arbeit zu gelangen, die zugleich „eine Kritik der politischen Ökonomie im Sinne von Karl Marx [...] mitdenkt, mithin also auch vom Kapitalismus spricht“ (Winkler zit. n. Galuske 2002: 352). Die Soziale Arbeit ist also aufgefordert, ihre gesellschaftliche Funktion wiederzugewinnen und sich als eine Instanz des Politischen in modernen Gesellschaften zu begreifen, das heißt, sie hat sich in sozialpolitische Diskurse und Praxis einzumischen und im disziplinären Kontext auf eine gesteigerte gesellschaftstheoretische Sensibilität in der empirischen und theoretischen (Re-)Konstruktion der sozialen Wirklichkeit abzu zielen (Galuske 2002: 353).

Lessenich fordert, die Welt unter der Perspektive der „Aktivierung“ kritisch in den Blick zu nehmen und den „Schleier des Nichtwissens der aktivgesellschaftlichen Wissensordnung zu lüften“ (Lessenich 2008: 140). Aktivgesellschaftliche Zustände

sind „als stets prekäre Prozesse zu problematisieren“ und das „aktivierungspolitisch Selbstverständliche“ ist in gesellschaftsverändernder Absicht als „sozial Produziertes“ zu dechiffrieren (ebd.). Die damit verbundene Verunsicherung des Selbstverständlichen löst „einen Prozess aus, an dessen Ende ein Handeln steht, eine Arbeit am Selbstverständlichen und ein Haltungswechsel in den Lebensvollzügen“ (Saar zit. n. Lessenich 2008: 140).

Macht sich die Soziale Arbeit die enge Verknüpfung zwischen Wirtschaft und Sozialem und mithin die zwingenden Logiken bewusst, welche sich aus der – nicht naturgegebenen – Konstruktion des gegenwärtigen Geldsystems ergeben, müssen ihre professionspolitischen Forderungen jedoch solange unerfüllbar bleiben, wie der Zins- und Zinseszinsmechanismus zu weiterer Staatsverschuldung, weiterer Polarisierung des gesellschaftlichen Reichtums und den damit verbundenen vielfältigen Beschädigungen der menschlichen Gemeinschaften und jeder/jedes Einzelnen führt. Solange dieser sogenannte „Sachzwang“ existiert, wird die Soziale Arbeit unter permanentem, institutionalisiertem Effizienzdruck stehen und sich mit einem Professionsverständnis begnügen müssen, das „sukzessive auf das rechenbare Beiwerk ihrer Interaktionsprozesse“ reduziert wird (Galuske 2002: 356).

Wie aber kann die Soziale Arbeit dazu beitragen, den „Schleier des Nichtwissens der aktivgesellschaftlichen Wissensordnung“ (Lessenich 2008: 140) zu lüften? Wie kann sie ihre gesellschaftliche Funktion wiedergewinnen, die darin besteht, auf die vom Kapitalismus verursachte Beschädigung der Individuen einzuwirken, um dessen soziale Unzulänglichkeiten aufzufangen (Böhnisch in: Seithe 2010: 28)? Und wie soll sie ihre besonderen Verpflichtungen ihrer Klientel gegenüber, die aus der Definition der Sozialen Arbeit als Menschen- und Sozialrechtsprofession erwachsen (vgl. Staub-Bernasconi 1995; Seithe 2010: 187ff.), erfüllen?

Meines Erachtens nach ist die Soziale Arbeit angesichts des heutigen Ausmaßes der Verheerungen, welche der Turbokapitalismus und das ihn charakterisierende Zinssystem in allen Lebensbereichen an allen Orten des Planeten anrichtet, zum professionellen Handeln (und zur Theorieentwicklung – vgl. Galuske 2002: 352) geradezu herausfordert, sofern sie sich gegenüber der Gesellschaft legitimieren will. Nach meinem Dafürhalten kann (und muss) die Soziale Arbeit einen Beitrag

zur Entwicklung einer gerechteren Gesellschaft zunächst auf lokaler Ebene leisten, indem sie sich für die – regionale – Etablierung alternativer zinsfreier Geldsysteme einsetzt. Dazu hat sich die Soziale Arbeit in einem ersten Schritt (z. B. im Rahmen eines wissenschaftlichen Studiums) die Zusammenhänge von Zinswirtschaft, Politik und Gesellschaft bewusst⁶³ machen und sich intensiv mit der Funktion und der Wirkung von Geld für und auf die (Wirtschafts-)Subjekte und die menschliche Gemeinschaft zu beschäftigen. Danach stellt sich die Frage: „Wie lässt sich Geld als wucherndes Machtmittel überwinden, ohne es als neutrales Tauschmittel zu beseitigen?“ (Gesell zit. n. Niess 2007). Im nächsten Schritt gilt es zu erkennen, dass Geldhortung nicht mehr belohnt werden darf, sondern stattdessen das Geld unter den WirtschaftsteilnehmerInnen zirkulieren muss, sofern es einen Nutzen für *alle* Gesellschaftsmitglieder stiften soll. Die Konstruktion des Geldes muss der Arbeitskraft und allen anderen natürlichen Produkten angepasst werden – das heißt, Geld muss mit einem Mechanismus⁶⁴ versehen werden, der es „verderben“ oder „altern“ lässt.

Darüber hinaus gibt es weitere zweckspezifische Währungsformen⁶⁵, die alle durch ihre besondere gemeinschaftsfördernde Wirkung charakterisiert sind. Eine detaillierte Beschreibung alternativer Währungen an dieser Stelle würde den Rahmen der Untersuchung sprengen. Es sei lediglich angemerkt, dass zinsfreie Komplementärwährungen inzwischen in vielen Regionen Deutschlands existieren (<http://www.regiogeld.de/>). Auch historische Beispiele⁶⁶ belegen, dass zinsfreies

⁶³ Genau genommen müssen nicht nur die Sozialprofessionellen um diese Zusammenhänge wissen, sondern die Tatsache, dass Wirtschaftsordnungen Verabredungen zwischen Mitgliedern der Gesellschaft sind (und keine unabänderlichen Naturgesetze), gehört schon im Rahmen der ökonomischen Bildung in den Gesellschaftkundeunterricht der Schulen (Schäfer/Fritzsche 2010). Nach Ludwig Erhard (1962) muss „jeder Bürger unseres Staates um die wirtschaftlichen Zusammenhänge wissen und zu einem Urteil fähig sein, denn es handelt sich hier um Fragen unserer politischen Ordnung, deren Stabilität uns aufgegeben ist“ (Erhard zit. n. Schäfer/Fritzsche 2010).

⁶⁴ Nach Kennedy wird die Zirkulation bzw. der Geldumlauf am einfachsten über eine „Bereitstellungsgebühr“ sichergestellt, welche eine genaue Anpassung an die für alle Transaktionen notwendige Geldmenge ermöglicht. Ist genug Geld für die Ausführung aller Transaktionen vorhanden, braucht kein weiteres mehr in Umlauf zu gelangen. Damit folgt das Anwachsen der Geldmenge dem Anwachsen der Volkswirtschaft und diese wiederum dem natürlichen Wachstum (Kennedy 2006: 53f.). Eine solche Umlaufsicherung macht Geld zum neutralen Tauschvermittler, überwindet Inflation und Deflation, senkt Zinsen auf den Risikoanteil, bringt Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht, sichert die Beständigkeit des Wirtschaftskreislaufes, beugt Arbeitslosigkeit und Rezession vor, macht langfristige Investitionen möglich, bremst das Überwachstum von Geldvermögen, befreit vom Verschuldungs- und Wachstumsdruck, reduziert leistungslose und spekulative Einkommen und baut die Armut-Reichtums-Diskrepanzen ab (ebd.).

⁶⁵ Beispielhaft genannt seien hier „Time-Dollars“, „Ithaca-Hours“, „Curitiba“, „Gesundheits-Pflege-Währung“ in Japan und der „Tlaloc“ (Lietaer 2002, 309ff.).

⁶⁶ So gilt als erwiesen, dass das umlaufgesicherte „Brakteatengeld“ die Grundlage der kulturellen Blüte im Hochmittelalter war (vgl. z. B. Kennedy 2006: 138ff.). Während der Weltwirtschaftskrise 1932/33

Geld die soziale Gemeinschaft stärkt, zu einer gerechteren Gesellschaft und zu nationalem Wohlstand führt. Vorschläge zu einem „Geld der Zukunft“ werden ausführlich von Lietear (2002) verhandelt.

Wenn also Soziale Arbeit Initiativen voranbringt, die sich auf lokaler Ebene mit alternativen Währungen beschäftigen, dann hieße dies, „das ‘Soziale’ auf lokaler Ebene neu zu überdenken“ (Staub-Bernasconi 1995: 80) und die KlientInnen als Subjekte und „als Menschen, deren Eigensinn und Biografie geachtet und deren selbsttätige Kräfte unterstützt werden sollen“ (Seithe 2010: 76) anzusehen sowie die Herausforderung anzunehmen, auf „die problematische Lebensperspektive ihrer Klientel zu reagieren und advokatorisch zu handeln“ (ebd.). Alternative Währungssysteme ermöglichen durch Beteiligung an regionalen Wirtschaftskreisläufen (Produzieren und Konsumieren) unter Umständen jenen Menschen, die vom allgemeinen Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, zu jenem Sinn/jener Identität finden zu können, der/die sich aus für die Gemeinschaft Nutzen stiftender Tätigkeit ergibt (Lietear 2002:299ff.). Gelingt es der Sozialen Arbeit, hierbei mit VertreterInnen des gesellschaftlichen Systems (z. B. der Politik, der Verwaltung, anderer Professionen) zu kommunizieren, so kann sie ihre spezifische Funktion – die Vermittlung zwischen System und Lebenswelten (Seithe 2010: 45) – erfüllen. Die Soziale Arbeit wäre damit als Vermittlungsinstanz vielleicht in einem stärkeren Maße gesellschaftlich anerkannt als bisher. Auf jeden Fall wäre sie so in besonderer Weise fruchtbringend für ihre Klientel.

erwies sich die Einführung eines mit einer Umlaufgebühr von monatlich einem% versehenen Geldes (genannt „Arbeitswertschein“) in Wörgl als sehr erfolgreich (Schwarz 2008).

Quellen

Attac (2005): ABC der Globalisierung. VSA, Hamburg

Beck, Ulrich (1992): Der Konflikt der zwei Modernen. Vom ökologischen und sozialen Umbau der Risikogesellschaft. In: Rauschenbach, Thomas; Gängler, Hans (Hg.) (1992): Soziale Arbeit und Erziehung in der Risikogesellschaft. Luchterhand, Neuwied, Kriftel, Berlin, S. 185-202

Bennholdt-Thomsen, Veronika (2010): Geld oder Leben. Was und wirklich reich macht. Oekom, München

Böhnisch, Lothar; Lösch, Hans: Das Handlungsverständnis des Sozialarbeiters und seine institutionelle Determination. In: Otto, Hans-Uwe; Schneider, Siegfried (Hg.) (1975): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. Zweiter Halbband, Luchterhand, Neuwied und Darmstadt

Bundesregierung (2003): Antworten zur Agenda 2010. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Stand vom November 2003, Berlin

Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Lexikon.

http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=GVIPA3 (verfügbar am 11.01.2011)

Castell, Robert (2000): Die Metamorphosen der Sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. UVK, Konstanz

Chiemgauer – Verein für regionales Wirtschaften e. V.:

[http://www.regiogeld.de/initiativen.html?&no_cache=1&tx_regioinidb_pi1\[sort\]=name&tx_regioinidb_pi1\[mode\]=map&tx_regioinidb_pi1\[pointer\]=0&tx_regioinidb_pi1\[showUid\]=322](http://www.regiogeld.de/initiativen.html?&no_cache=1&tx_regioinidb_pi1[sort]=name&tx_regioinidb_pi1[mode]=map&tx_regioinidb_pi1[pointer]=0&tx_regioinidb_pi1[showUid]=322) (verfügbar am 14.05.2010)

Chossudovsky, Michel (2002): Global Brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg. 5. Aufl., Zweitausendundeins, Frankfurt a. M.

Creutz, Helmut (1994): das Geldsyndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft. Ullstein, Frankfurt a. M., Berlin

Creutz, Helmut (2009): Die 29 Irrtümer rund ums Geld. 2. Aufl., Signum, Wien

Creutz, Helmut (2010): Bargeld – Geldumlauf – Umlaufsicherung. Kurzbeschreibung der Vorgänge. http://www.humane-wirtschaft.de/02-2010/Creutz_Bargeld-Geldumlauf.pdf (verfügbar am 12.05.2010)

DGSA - Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit (2010): Abstracts zu den Beiträgen der Jahrestagung der Fachgruppe Forschung am 28. und 29. Januar 2010 in Koblenz. http://www.fh-koblenz.de/fileadmin/medien/Koblenz/Sozialwesen/Tagungen/Professionell_ist_was_wirkt_Abstracts.pdf (verfügbar am 13.05.2010)

Dittmar, Rolf (2010): Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz 2010 – Die wichtigsten Änderungen im Überblick. http://www.ksb-intax.de/uploads/media/101111_Das_Wachstumsbeschleunigungsgesetz_2010.pdf (verfügbar am 30.11.2010)

Dörre, Klaus; Lessenich, Stephan; Rosa, Hartmut: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Suhrkamp, Frankfurt a. M.

Dribbusch, Barbara (2010): Acht Sorten Millionär. In: die tageszeitung vom 09.12.2010, taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, S. 13

Erbrecht, Rüdiger; König, Hubert; Martin, Karl-Heinz; Pfeil, Wolfgang; Wörstenfeld, Wille (1999/2004): Das große Tafelwerk. Formelsammlung für die Sekundarstufe I und II. Volk und Wissen, Berlin/Cornelsen Verlag, Berlin

Europa (2010): Zusammenfassungen der EU-Gesetzgebung. http://europa.eu/legislation_summaries/budget/l34005_de.htm (verfügbar am 15.12.2010)

Först, Klaus (2010): Staatsverschuldung. <http://www.staatsverschuldung.de/index.html> (verfügbar am 10.12.2010)

Galuske, Michael (2002): Flexible Sozialpädagogik. Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit in der modernen Arbeitsgesellschaft. Juventa, Weinheim und München

Grundgesetz (GG) für die Bundesrepublik Deutschland. Vom 23. Mai 1949 (BGBl. I S. 1)

Haarhoff, Heike (2011): „Der Bedarf wird unglaublich steigen“ (Interview mit Jürgen Gohde, Vorsitzender des Kuratoriums Deutsche Altershilfe – KDA). In: die tageszeitung vom 05.01.2011, taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, S. 4

Hahn, Dorothea (2010): Der Niedergang der 23. Straße. In: die tageszeitung vom 27.05.2010, taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, S. 3

Hannich, Günter (2000): Börsenkrach und Weltwirtschaftskrise. Der Weg in den dritten Weltkrieg. Kopp, Rottenburg

Heiner, Maja (2004): Professionalität in der Sozialen Arbeit. Theoretische Konzepte, Modelle und empirische Perspektiven. Kohlhammer, Stuttgart

Herrmann, Ulrike (2010a): Ungerecht und ökonomisch unsinnig. Die Regierung will das Geld für die Bankenrettungen bei den Armen zurückholen – ein gefährlicher Weg. In: Financial Crimes Deutschland 1/39, Sept./Okt. 2010, c/o Attac Bundesbüro Frankfurt a. M.

Herrmann, Ulrike (2010b): Banker bestimmen EU-Politik. In: die tageszeitung vom 06.07.2010, taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, S. 7

Herrmann, Ulrike (2010c): Reiche immer reicher, Arme immer ärmer. In: die tageszeitung vom 16.06.2010, taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, S. 2

Herrmann, Ulrike (2010d): Der Schrumpf-Osten. In: die tageszeitung vom 16.06.2010, taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, S. 2

Jenner, Gero (1997): Die arbeitslose Gesellschaft. Gefährdet Globalisierung den Wohlstand? Fischer, Frankfurt a. M.

Jenner, Gero (2008): Das Pyramidenspiel. Finanzkapital manipuliert die Wirtschaft. Signum, Wien

Kaufmann, Franz-Xaver (1997): Herausforderungen des Sozialstaates. Suhrkamp, Frankfurt a. M.

Kaul, Martin (2010): Banker-Lobby beherrscht Brüssel. In: die tageszeitung vom 22.06.2010, taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, S. 7

Kennedy, Margrit (2006): Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel, das jedem dient. 9. Aufl., Goldmann, München

Kleve, Heiko (2000): Die Sozialarbeit ohne Eigenschaften. Fragmente einer post-modernen Professions- und Wissenschaftstheorie Sozialer Arbeit. Lambertus, Freiburg. i. Br.

Kliese, Hanka; Sieble, Sabine; Szymenderski, Peggy (Hrsg.) über Arbeitsgruppe sozialdemokratischer Frauen (ASF) Chemnitz (2010): Sachsen kürzt. Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf das Gemeinwesen. SPD Regionalgeschäftsstelle Süd-West-Sachsen, Chemnitz

Koch, Hannes (2011a): Die Arbeitswelt hat sich gewandelt. In: die tageszeitung vom 04.01.2011, taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, S. 4

Koch, Hannes (2011b): Private Investoren sollen haften. In: die tageszeitung vom 08./09.01.2011, taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, S. 6

Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Transcript, Bielefeld

Liebert, Nicola (2010): Die Welt braucht keine deutsche Nachhilfe. In: die tageszeitung vom 11.11.2010, taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, S. 1

Liettaer, Bernard A. (2002): Das Geld der Zukunft. Über die zerstörerische Wirkung unseres Geldsystems und Alternativen dazu. 2. Aufl., Riemann, München

Merten, Roland; Olk, Thomas (1992): Wenn Sozialarbeit sich selbst zum Problem wird. Strategien reflexiver Modernisierung. In: Rauschenbach, Thomas; Gängler, Hans (Hg.) (1992): Soziale Arbeit und Erziehung in der Risikogesellschaft. Luchterhand, Neuwied, Kriftel, Berlin, S. 81-100

Meyer, Dieter (2010): Die Schuldenfalle. Eine Untersuchung der Staatsverschuldung ab 1965 bis 2025 (mit einem Ausblick auf den Zeitraum bis 2040).

<http://www.staatsverschuldung-schuldenfalle.de/#5.1%20Szenario%201:%20%20Neuverschuldung%20in%20H%C3%B6he%20der%20Zinsausgaben> (verfügbar am 15.12.2010)

Michel, Nadine (2010): Mal wieder ein heißer Herbst. In: die tageszeitung vom 15.11.2010, taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, S. 2

Niess, Yorick (2007): Der Geist des Geldes. Die Erfindung des Geldes und ihre Folgen für die Menschheit. Dokumentarfilm Deutschland, Walter Entertainment Morzhausen (Freiburg)

Paech, Niko (2010) Die Legende vom nachhaltigen Wachstum. In: Le Monde diplomatique, Archivtext vom 10.09. 2010, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2010/09/10/a0065.text.name,n,0> (verfügbar am 30.11.2010)

Pelden, Sonam (2010): Land im Glück. In: die tageszeitung vom 29.12.2010, taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, S. 13

Pickett, Kate; Wilkinson, Richard (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Tolkemitt, Berlin

Rohleder, Günter (2005): Das Prinzip Wachstum. Parteiübergreifende Zauberformel und Leitidee. Deutschlandfunk, Hintergrund Politik, Sendung vom 27.09.2005, 18:40 Uhr, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/423424/> (verfügbar am 30.11.2005)

Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Suhrkamp, Frankfurt a. M.

Sächsische Zeitung vom 09.02.2010. <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2383637> (verfügbar am 14.05.2010)

Salewski, Sibylle (2009): Lernen zahlt sich aus. Der Ökonom James Heckmann berechnet den Wert frühkindlicher Bildung. Sendung: Forschung und Gesellschaft, Deutschlandradio Kultur, 26.02.2009
<http://www.dradio.de/download/99571> (verfügbar am 13.01.2011)

Schäfer, Christian; Fritzsche, Michael (2010): Ökonomische Bildung – Quo vadis? Humane Wirtschaft vom 05.03.2010, http://www.humane-wirtschaft.de/wp-content/uploads/2010/02/Schaefer-Fritzsche_Oekonomische-Bildung.pdf (verfügbar am 16.01.2011)

Schwarz, Fritz (2008): Das Experiment von Wörgl. Ein Weg aus der Wirtschaftskrise. Synergia, Darmstadt

Seithe, Mechthild (2010): Schwarzbuch Soziale Arbeit. VS, Wiesbaden

Senf, Bernd (1996): Der Nebel um das Geld. Zinsproblematik, Währungssysteme, Wirtschaftskrisen. Ein Aufklärungsbuch. 3. Aufl., Gauke, Lütjenburg

Sennet, Richard (2000): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. 4. Aufl., Siedler, Berlin

Sinapius, Ellen (2010): Befragung von MitarbeiterInnen eines psychosozialen Hilfvereins in Sachsen zu den Auswirkungen der finanziellen Kürzungen ab 2011, Voigtsdorf (Sachsen)

Stadt Chemnitz, Sozialamt: Schreiben vom 29.03.2010 an die freien Träger der Wohlfahrtspflege bzgl. Antragstellung zur Förderung in der Wohlfahrtspflege im Jahr 2011.

Statistisches Bundesamt Wiesbaden (2010): <http://www.destatis.de> (verfügbar am 10.12.2010)

Staub-Bernasconi, Silvia (1995): Das fachliche Selbstverständnis der Sozialen Arbeit – Wege aus der Bescheidenheit. Soziale Arbeit als „Human Rights Profession“. In: Wendt, Wolf Rainer (Hg.) (1995): Soziale Arbeit im Wandel ihres Selbstverständnisses. Beruf und Identität. Lambertus, Freiburg i. Br.

Stein, Holger (2004): Anatomie der Vermögensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1983-1998. Herausgegeben von der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

Stieber, Anselm (2010): Der freie Fall tut erst am Ende weh. <http://www.humane-wirtschaft.de> – 01/2010 (verfügbar am 12.05.2010) (verfügbar am 12.05.2010)

Sturn, Simon; van Treeck, Till (2010): Gefährliche Ungleichheit. In: Le Monde diplomatique vom Dezember 2010, taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Berlin, S. 1 u. 4

Unfried, Peter (2010): Das sind keine Wutbürger, das sind Mutbürger. In: die tageszeitung vom 28.12.2010, taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, S. 4f.

Vöckler, Kai (2010): Zerstören durch Bauen. Wie Prishtina sein Stadtbild verliert. In: Le Monde diplomatique, Archivtext vom 09.04.2010, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2010/04/09.mondeText.artikel,a0045.idx,12>

Wieder, Anna (2010): Löhne weltweit unter Druck. In: die tageszeitung vom 16.12.2010, taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, S. 8

Zinn, Karl Georg (2009): Sättigung oder zwei Grenzen des Wachstums. John Maynard Keynes hat über die kleine Not des Augenblicks hinausgedacht. In: Le Monde diplomatique, Archivtext vom 10.07.2009, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2009/07/10/a0055.text.name,askmwLzwL.n,2> (verfügbar am 11.01.2011)

Selbstständigkeitserklärung

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.

Voigtsdorf und Roßwein, 17.01.2011